

2100-0347

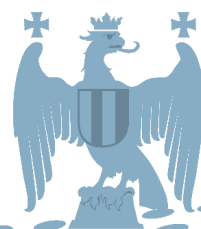


Land
Burgenland

FINANZPLAN

2026-2030





INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
I. RAHMENBEDINGUNGEN	4
II. STRATEGIE UND UMSETZUNG	7
III. THEMATISCHE SCHWERPUNKTE	10
Soziales	10
Gesundheit.....	13
Arbeitsmarkt, Wirtschaft & Standort	15
Bildung, Familie, Jugend & Frauen	17
Wohnen, Infrastruktur und Mobilität	20
Energie und Digitalisierung	22
Klima, Umwelt, Biodiversität und Tierschutz	25
Landwirtschaft und Tourismus	28
Kultur, Vereine und Sport.....	31
Gemeinden und Sicherheit.....	33
Verwaltung und Finanzen	36
IV. MITTELFRISTIGER FINANZPLAN	39
LVA 2026 und Folgejahre	39
Entwicklung der Einzahlungen	40
Kredit- und Veranlagungsmanagement.....	40
Gender Budgeting	42
Finanzierung der Pflege und des Gesundheitswesens	42
V. QUELLENVERZEICHNIS	44
VI. ANHANG	45

EINLEITUNG

Der mittelfristige Finanzplan bildet das fiskalpolitische Gerüst für das Arbeitsprogramm der Burgenländischen Landesregierung. Dieser Finanzplan wurde auf Basis der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) erstellt.

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen umfasst der Finanzplan folgende Eckpunkte:

- die Annahmen über die wirtschaftliche und fiskalische Entwicklung, den Umfang und die Zusammensetzung der voraussichtlichen Auszahlungen und Aufwendungen in den nächsten fünf Jahren, gegliedert nach Jahresbeträgen und Aufgabenbereichen,
- die Bedeckungsmaßnahmen, die hierfür in Aussicht genommen werden,
- die dazu erforderlichen Erläuterungen.

Gegliedert in vier Schwerpunkte – Rahmenbedingungen, Strategie und Umsetzung, Thematische Schwerpunkte sowie Mittelfristiger Finanzplan – legt der Finanzplan 2026-2030 die finanzielle Entwicklung des Burgenlandes über die kommenden fünf Jahre dar.

I. RAHMENBEDINGUNGEN

Die letzten Jahre in Österreich waren geprägt von großen wirtschaftlichen und, damit verbunden, sozialpolitischen Herausforderungen. Nach Jahren der Rezession rechnet das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO¹ für 2025 mit einem Wachstum von +0,3% des BIP. Es ist ein schwaches Wachstum, getragen vom privaten Konsum. 2026 soll dann die Erholung des Außenhandels einsetzen, wonach das Wachstum dann +1,1% des BIP betragen soll. Das Umfeld für eine offene, exportorientierte Volkswirtschaft ist aufgrund der schwachen internationalen Nachfrage sowie der Importzölle der USA ein schwieriges. Die geringe Investitionsbereitschaft der Unternehmen aufgrund der Auftragslage bleibt bestehen. Der Wohnbau hingegen erholt sich aufgrund der sinkenden Zinsen. Die Inflation ist weiterhin mit 3,5% (2025) höher als im Euroraum-Durchschnitt und bleibt auch mit 2,7% (2026) hoch im Vergleich. Auch das Institut für Höhere Studien (IHS) veröffentlichte zusammen mit dem WIFO seine Konjunkturprognose² und rechnet damit, dass die Rezession überwunden wurde – mit einem Wachstum von +0,4% im Jahr 2025 und +0,9% im Jahr 2026. Aber auch hier wird die Unsicherheit betreffend Handelspolitik und der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs hervorgehoben.

Die Ausgangslage für die Bundesländer ist im Kontext der Rezession der letzten Jahre eine schwierige. Die reale Bruttowertschöpfung ging in allen Bundesländern im Jahr 2024 zurück. Regionen, die durch Industrie und Bauwirtschaft geprägt sind, waren stärker betroffen, als jene Regionen, die ihre Schwerpunkte im Dienstleistungs- oder Tourismusbereich haben.

Obwohl das Burgenland 2024 ebenso eine Rezession verzeichnete, fiel diese im Vergleich zu den anderen Bundesländern schwächer aus. Ein Rückgang wurde insbesondere im Bausektor verzeichnet, während der öffentliche Sektor als Stütze diente. Für das Jahr 2025 rechnet die Bank Austria³ mit einem Wachstum von +0,4% für das Burgenland. Für das Burgenland sind gemäß WIFO Berichts⁴ Zeichen einer Erholung im ersten Quartal 2025 erkennbar – die Sachgüterproduktion stieg im Vergleich zum Vorjahr um 17%. Die Produktion im Bausektor stieg überdurchschnittlich und auch der Arbeitsmarkt zeigt sich robuster als im Gesamtösterreich-Durchschnitt.

¹ WIFO (2025): Österreich schleppt sich aus der Rezession. URL: <https://www.wifo.ac.at/news/oesterreich-schleppt-sich-aus-der-rezession/>, (abgerufen am 07.10.2025)

² IHS (2025): Rezession überwunden, aber weiterhin hohe Inflation. URL: <https://www.ihs.ac.at/de/datencenter/konjunkturprognose/>, (abgerufen am 07.10.2025)

³ Bank Austria (Juni 2025): Bundesländer Überblick. URL: <https://www.bankaustria.at/wirtschaft-oesterreich-bundeslaender.jsp>, (abgerufen am 22.10.2025)

⁴ Statistik Austria (2025): Regionale Unterschiede bei nur langsamer Konjunkturstabilisierung. URL: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-4023/sr_2025_01.pdf, (abgerufen am 22.10.2025)

Die Auswirkungen der Rezession auf den Arbeitsmarkt sind bereits erkennbar. Laut AMS⁵ stieg in Österreich die Arbeitslosigkeit auf 7%. Das ist eine Steigerung zum Vorjahr um 5,8%. Den größten Zuwachs verzeichneten die Branchen Warenherstellung, Gesundheitswesen und Handel. Das Burgenland liegt mit einer Arbeitslosigkeit von 6,1% unter dem bundesweiten Schnitt.⁶ Aber auch im Land verzeichnet man eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um +5% im Vergleich zum Vorjahr. Den höchsten Anstieg verzeichnet der Bezirk Neusiedl am See (+7,5%), und den geringsten Mattersburg (+0,6%).

Die anhaltende Rezession zeigt weiterhin, dass die Ausgangslage für die Länder und Gemeinden seit 2020 eine Herausforderung ist. Damit einhergehend ist auch die Entwicklung der Ertragsanteile zu betrachten, die für die Länder die wesentliche Einnahmenquelle darstellt. Der Anteil der eigenen Steuer ist vergleichsweise gering. Der Bund rechnet in seinen Prognosen für das Land Burgenland mit Ertragsanteilen in der Höhe von:

2026	2027	2028	2029	2030
728,76 MEUR	755,43 MEUR	780,24 MEUR	804,73 MEUR	829,74 MEUR

Auch die Steuererleichterungen des Bundes führten im Zeitraum von 2022-2024 zu einem Einnahmehausfall in der Höhe von 4,71 Mrd. Euro. In einer Studie des WIFO⁷ wird die Problematik treffend festgehalten: „Bei einer unverändert hohen strukturellen Ausgabendynamik auf subzentraler Ebene, größtenteils bedingt durch die föderative Aufgabenverteilung, schlagen inflationsbedingte Mehrausgaben der Länder und Gemeinden schnell und auch dauerhaft auf die regionalen und lokalen Budgets durch.“ D.h., dass die Schere zwischen stagnierenden Einnahmen und stark steigenden, Inflation und Kosten getriebenen Ausgaben das Burgenland ebenso wie alle Länder und Gemeinden vor steigende finanzielle Herausforderungen stellt. Wie von den Ländern bereits mehrfach gegenüber dem Bund dargelegt, stehen einer durch bundespolitische Maßnahmen und die konjunkturelle Abschwächung bedingten schwachen Einnahmenentwicklung deutlich dynamischere Ausgabentrends gegenüber, insbesondere in den von Ländern und Gemeinden getragenen Bereichen Gesundheit, Elementarbildung sowie Soziales und Pflege. Auch wenn durch das FAG 2024 die Länder und Gemeinden Mehreinnahmen verzeichnen können, werden diese

⁵ AMS (September 2025): Arbeitsmarktdaten. URL: <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/arbeitsmarktdaten#burgenland>, (abgerufen am 22.10.2025)

⁶ AMS (September 2025): Der Burgenländische Arbeitsmarkt. URL: <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/der-burgenlaendische-arbeitsmarkt#burgenland>, (abgerufen am 22.10.2025)

⁷ WIFO (2024): Inflation und Budgets der Bundesländer in Österreich, URL: <https://www.wifo.ac.at/publication/265193/>, (abgerufen am 22.10.2025)

durch Mindereinnahmen aus den Steuerreformen der vergangenen Jahre signifikant relativiert. Die Länder haben mehrfach die wiederholte Vorgehensweise des Bundes, die Länder und Gemeinden nicht aliquot an Mehreinnahmen zu beteiligen, sie jedoch aliquot zur Mitfinanzierung von Abgabensenkungen sowie neuer Maßnahmen heranzuziehen, kritisiert.

Die budgetären Handlungspositionen des Burgenlandes werden ganz wesentlich von den auf europäischer Ebene festgelegten Rahmenbedingungen, insbesondere dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Fiskalpakt bestimmt, die für Österreich im Rahmen des Stabilitätsprogramms festgelegt sind. Während auf EU-Ebene ein neues Regelwerk seit dem 30.4.2024 gilt, findet der noch nicht angepasste Österreichische Stabilitätspakt aus dem Jahr 2012 noch immer Anwendung. Vor diesem Hintergrund finden derzeit auch die Verhandlungen zu einem neuen Österreichischen Stabilitätspakt statt. Im April 2024 beschloss die Europäische Union einen neuen Stabilitäts- und Wirtschaftspakt. Darin wurde nochmal festgelegt, dass ein Staat ein Defizit von maximal 3% des BIP und eine öffentliche Schuldenquote von maximal 60 % aufweisen darf. Neu dabei ist, dass die Mitgliedsstaaten künftig einen nationalen mittelfristigen fiskal-strukturellen Plan vorlegen müssen, der einen Netto-Ausgabenpfad enthält. Kurzum: In welchem Verhältnis zum BIP sich die Ausgaben entwickeln dürfen. Zusätzlich befindet sich Österreich seit 2025 in einem EU-Defizitverfahren. Österreich muss dabei sicherstellen, dass das nominale Wachstum der Nettoausgaben bestimmte Obergrenzen nicht überschreitet. Dieser Umstand macht deutlich, dass die derzeit geltenden Regelungen des Stabilitätspakt geändert werden müssen, damit die gesamtstaatlichen Vorgaben erreicht werden. Mit Stand Oktober 2025 gibt es noch keine Einigung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden.

II. STRATEGIE UND UMSETZUNG

Das Burgenland verfolgt einen eigenständigen Entwicklungsweg, geprägt von sozialem Zusammenhalt, Sicherheit, kultureller Vielfalt und Nachhaltigkeit. Der wirtschaftliche und soziale Aufschwung der letzten Jahrzehnte soll weiter gefestigt werden, indem Stabilität mit innovativen Ideen verbunden wird. Die Burgenländische Landesregierung setzt dabei auf eine sozial-ökologische Zukunftskoalition.

Grundprinzipien der Regierungsarbeit

Die Politik der Burgenländischen Landesregierung orientiert sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Angesichts globaler Krisen wird ein solidarischer Ansatz verfolgt, um wirtschaftliche und soziale Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Dabei steht eine werteorientierte Politik im Mittelpunkt, die auf kulturelle Vielfalt, Respekt und Menschlichkeit setzt. In der Asyl- und Integrationspolitik wird eine klare Differenzierung zwischen Asyl und Migration angestrebt, um eine geregelte Aufnahme sowie gelungene Integration zu ermöglichen. Gleichzeitig bekennt sich das Burgenland zur europäischen Zusammenarbeit und nutzt die wirtschaftlichen Chancen, die sich durch internationale Vernetzung ergeben.

Der vorliegende Finanzplan 2026-2030 stellt – ausgehend vom Status Quo – in jedem Kapitel im Detail dar, welche Vorhaben im Laufe der Legislaturperiode umgesetzt bzw. eingeleitet werden sollen, sowie konkrete Maßnahmen der kommenden Jahre.

Schlüsselmaßnahmen und Leuchtturmprojekte

Ein zentrales Anliegen der Landesregierung ist die Sicherstellung einer **hochwertigen Gesundheitsversorgung**. Dazu wird die bestehende 5-Spitäler-Garantie weitergeführt, ergänzt durch den nachhaltig geplanten Neubau einer Klinik in Gols. Zusätzlich wird die medizinische Versorgung durch gezielte Spezialisierungen – insbesondere im Bereich der Neurochirurgie in der neuen Klinik Oberwart - an den Klinikstandorten verbessert. Eine eigene Medizin-Privatuniversität soll gegründet werden, um langfristig hochqualifiziertes Gesundheitspersonal in der Region auszubilden. Parallel dazu werden Ausbildungsoffensiven beibehalten, um die Attraktivität der Gesundheitsberufe zu steigern.

Im Bereich der **Pflege und Betreuung** setzt das Burgenland auf ein **gemeinnütziges Modell**, das Betreuung und Pflege auch in den eigenen vier Wänden ermöglicht. Die 24-Stunden-Betreuung wird weiter professionalisiert, und in den Gemeinden werden insgesamt 71 Pflegestützpunkte errichtet. Für Menschen mit Demenz wird ein spezialisiertes stationäres

Zentrum geschaffen, während ein mobiles Hospizsystem die Versorgung schwerkranker Menschen verbessert.

Zur **Stärkung des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft** sollen neue Lehrwerkstätten entstehen, die gezielt Fachkräfte für beispielsweise den Tourismus, die Metall- und Elektrotechnik ausbilden. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit burgenländischer Unternehmen zu erhöhen, wird ein Internationalisierungszentrum eingerichtet. Besondere Unterstützung erhalten Start-ups, um innovative und nachhaltige Geschäftsmodelle zu fördern. Gleichzeitig werden Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit intensiviert, um gerade angesichts der herausfordernden gesamtösterreichischen Wirtschaftslage stabile und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein weiteres Schwerpunktthema umfasst die **Energieautarkie und den Klimaschutz**. Durch das groß angelegte „Project Tomorrow“ wird der Ausbau erneuerbarer Energien massiv vorangetrieben, mit dem Ziel, das Burgenland bis 2030 bilanziell klima- und energieneutral zu machen. Wind- und Sonnenenergie werden in geeigneten Regionen verstärkt ausgebaut, während ein neues Klimaschutzgesetz sowie Maßnahmen zur Reduktion der Bodenversiegelung die nachhaltige Entwicklung absichern sollen. Gleichzeitig wird der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen und gewerblichen Gebäuden weiter forciert.

Im sozialen Bereich setzt das Land auf **gezielte Unterstützung für einkommensschwache Haushalte** durch die Fortführung der Maßnahmen des Sozial- und Klimafonds. Die Kinder- und Jugendhilfe wird durch das Anstellungsmodell für Pflegeeltern weiter gestärkt, um möglichst vielen Kindern ein stabiles Zuhause zu bieten. Darüber hinaus wird eine Digitalisierungsoffensive für Seniorinnen und Senioren gestartet, um deren gesellschaftliche Teilhabe zu fördern und ihnen den Zugang zu modernen Technologien zu erleichtern.

Auch die **Digitalisierung und Forschung** spielen eine entscheidende Rolle für die Zukunft des Burgenlandes. Der Breitbandausbau wird konsequent weitergeführt, um ein flächendeckendes Gigabit-Internet bereitzustellen. Zudem werden Forschungsinitiativen in den Bereichen Künstliche Intelligenz, grüne Technologien und Gesundheitsinnovation intensiv unterstützt. Ein Forschungs- und Kompetenzzentrum für nachhaltige Landwirtschaft soll zukunftsweisende Lösungen für die regionale Agrarwirtschaft entwickeln und die Forschung mit praktischen Anwendungen verbinden.

Die Burgenländische Landesregierung verpflichtet sich, diese Maßnahmen nachvollziehbar und transparent umzusetzen. Mit einer nachhaltigen Finanzpolitik sollen künftige Generationen langfristig profitieren.

III. THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Soziales

Status Quo

Das Burgenland verfolgt eine umfassende Sozialstrategie, die auf Chancengleichheit, soziale Sicherheit und eine bedarfsgerechte Versorgung ausgerichtet ist. Die Pflege- und Betreuungsstruktur basiert auf drei Säulen: Pflege zu Hause, Pflege im Heim sowie einer Mischform aus betreutem Wohnen und mobilen Leistungen. Besonders das Anstellungsmodell für die Betreuung von pflegebedürftigen Personen und Vertrauenspersonen sowie die 24-Stunden-Betreuung mit fairen Arbeitsbedingungen haben das Burgenland zu einer Vorbildregion in der Pflege gemacht. Der soziale Ausgleich wird durch Programme wie im Rahmen des Sozial- und Klimafonds gewährleistet, der Maßnahmen gegen Teuerung und zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bündelt.

Für Menschen mit Behinderungen besteht mit dem Chancengleichheitsgesetz ein Rahmen zur Förderung von Selbstbestimmung und Mobilität. Ein zentrales Anliegen ist der Grundsatz „Mobil vor Stationär“, der den Ausbau ambulanter Angebote fördert. In der Kinder- und Jugendhilfe stehen der Schutz und die Unterstützung gefährdeter Kinder im Mittelpunkt, wobei gemeinnützige Strukturen Vorrang haben.

Vorhaben im Bereich Soziales in der Legislaturperiode

In den kommenden Jahren sollen Pflege und Betreuung weiter ausgebaut werden. Das regionale Pflege- und Betreuungsstützpunktsystem wird zudem schrittweise ausgerollt. Jede Gemeinde soll so über eine bedarfsgerechte Einrichtung für die ältere Generation verfügen, um die wohnortnahe Betreuung sicherzustellen. Das Anstellungsmodell für die Betreuung von pflegebedürftigen Personen bleibt bestehen und wird weiter professionalisiert.

Im Behindertenbereich wird das Chancengleichheitsgesetz evaluiert und weiterentwickelt. Der Ausbau der mobilen Leistungen sowie die Neuausrichtung der Abrechnungsmodelle nach Eckkosten sollen Transparenz und Effizienz erhöhen. Eine zentrale Servicestelle für Menschen mit Behinderungen wird gestärkt und wohnortnahe Beratungsangebote werden ausgeweitet.

Im Bereich des Sozial- und Klimafonds wird kontinuierlich an der Verbesserung der bestehenden Maßnahmen gearbeitet. Dabei steht insbesondere die Digitalisierung im Fokus: So wird die Online-Antragstellung weiter ausgebaut, um den Zugang zu Fördermitteln für Antragstellerinnen und Antragsteller deutlich zu erleichtern und zu beschleunigen. Zudem wird die Bürokratie stetig reduziert, indem die Anzahl der erforderlichen Nachweise und Dokumente

auf das notwendige Minimum reduziert wird. Ziel ist es, den Antragsprozess so einfach und transparent wie möglich zu gestalten, um Hemmschwellen abzubauen und die Zufriedenheit der Förderwerberinnen und Förderwerber zu erhöhen.

Die Kinder- und Jugendhilfe wird durch neue Konzepte für Pflegeeltern gefördert, wobei das Anstellungsmodell für Pflegeeltern weiter ausgebaut wird. Mobile Betreuungsangebote sollen stationäre Einrichtungen entlasten, um möglichst viele Kinder in ihren Familienstrukturen halten zu können. Ein weiteres Ziel ist die verstärkte Unterstützung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf, etwa durch maßgeschneiderte Betreuungsprogramme und die Einbindung externer Expertise.



PFLEGE UND BETREUUNG

- Ausbau und Sicherstellung wohnortnaher Betreuung
- Reorganisation 24h-Betreuung
- Weiterentwicklung Anstellungsmodell für pflegende Angehörige



MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

- Evaluation Chancengleichheitsgesetz
- Ausbau und Neuausrichtung mobiler Leistungen
- Wohnortnahe und zentrale Servicestelle stärken



KINDER UND JUGENDHILFE

- Neues Pflegeelternkonzept
- Ausbau mobile Betreuung & Entlastung stationäre Einrichtungen
- Betreuungsprogramme für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf



SOZIALES

- Sozial- und Klimafonds
- Maßnahmen für Familie, Schülerschaft und Studierende
- Maßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Pendlerinnen und Pendler
- Maßnahmen für Energie & Wohnen sowie Notfällen

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig soll das Burgenland seine Vorreiterrolle in der sozialen Absicherung weiter ausbauen. Die flächendeckende Errichtung von Pflegestützpunkten und altersgerechten Wohnformen soll dazu beitragen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Zudem wird ein stationäres Demenzzentrum in Rechnitz

errichtet. In Oberpullendorf ist der Bau eines stationären Hospizes mit 10 Betten geplant. Die landesweite Hospizbegleitung wird neu aufgestellt und ausgebaut. Zudem gibt es Bestrebungen eigene Hospizkoordinatoren, die die entsprechenden Teams leiten, anzustellen.

Die Digitalisierung wird auch im Pflege- und Sozialbereich eine zentrale Rolle spielen. Die fortschreitende technische Entwicklung und die Digitalisierung bieten auch im Bereich der Pflege und Betreuung neue Möglichkeiten und Chancen. Mit Hilfe der Digital Burgenland GmbH, einer Tochter der Landesholding Burgenland, wird die Vision der Pflegeplattform realisiert. Ziel ist es, die Pflegeversorgung effizienter, transparenter und zugänglicher zu gestalten, indem digitale Technologien gezielt zur Automatisierung administrativer Aufgaben genutzt werden. Durch die zentrale Datenbasis soll die Plattform echtzeitnahe Bereitstellung und Analyse relevanter Informationen, eine Unterstützung einer vernetzten Zusammenarbeit und eine Erleichterung einer strategischen sowie wirtschaftlichen Abrechnung schaffen. Die Pflegeplattform schafft so eine zukunftssichere, nachhaltige und innovative Pflegeinfrastruktur, die den steigenden Anforderungen im Sozial- und Pflegebereich gerecht wird und eine qualitativ hochwertige Betreuung sichert. Sie wird im Jahr 2026 primär in den Pflegestützpunkten zur Anwendung kommen und in weiterer Folge auf weitere Settings und Dienstleistungsangebote ausgerollt werden.

Eine digitale Ehrenamtsplattform soll die Vernetzung von freiwilligen Helfern erleichtern. Der Zugang zu Sozialleistungen soll weiter automatisiert werden, um bürokratische Hürden abzubauen. In der Chancengleichheit wird auf barrierefreie Mobilitätsangebote und den weiteren Ausbau von Beratungsstellen gesetzt.

In der Kinder- und Jugendhilfe wird auf eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und Sozialarbeitern gesetzt, um präventive Maßnahmen gegen soziale Notlagen zu intensivieren. Die Betreuung von Jugendlichen mit besonderen Herausforderungen wird durch spezialisierte Einrichtungen ergänzt.



- *Flächendeckender Ausbau der Pflegestützpunkte mit 71 Standorten*
- *21.000 Menschen mit Behinderungen profitieren von Ausbauplänen*
- *Einrichtung eines Demenzzentrums und Hospizsystems für eine spezialisierte Langzeitbetreuung*

Gesundheit

Status Quo

Das Burgenland verfolgt eine aktive Offensivstrategie im Gesundheitswesen und setzt auf eine wohnortnahe Spitzenmedizin. Die burgenländische 5-Spitäler-Garantie sichert eine flächendeckende Versorgung in allen Landesteilen. Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, investiert das Land in den Ausbau bestehender Kliniken und den Neubau einer modernen Klinik in Gols.

Eine zentrale Herausforderung ist der zunehmende Bedarf an qualifiziertem Gesundheitspersonal. Um den Bedarf zu unterstützen, setzt das Burgenland auf eine eigenständige Medizinausbildung, die unter anderem eine geplante Medizin-Privatuniversität im Süden des Landes umfasst. Im niedergelassenen Bereich wird auf die Sicherstellung von Kassenstellen und die Förderung von Ordinationen gesetzt.

Vorhaben im Bereich Gesundheit in der Legislaturperiode

Das Regierungsprogramm sieht eine umfassende Weiterentwicklung der Gesundheitsinfrastruktur vor. Der Bau der Klinik Gols gilt als zentrales Vorhaben, das moderne Spitalsversorgung mit klima- und ressourcenschonendem Bau verbindet. Die bestehenden Schwerpunktkrankenhäuser, darunter das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Eisenstadt und die neue Klinik Oberwart, werden im laufenden Betrieb ausgebaut und modernisiert. Gleichzeitig sollen die Kliniken in Güssing, Oberpullendorf und Kittsee durch Spezialisierungen gestärkt werden, um Patientinnen und Patienten eine bestmögliche Versorgung innerhalb des Bundeslandes zu ermöglichen und Wartezeiten zu reduzieren.

Ein weiterer Fokus liegt auf der psychiatrischen Versorgung. Ein Psychiatrie-Gesamtkonzept soll die stationäre und ambulante Betreuung für Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche verbessern. Vorgesehen ist der Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Form von Kooperationen mit stationären Einrichtungen. Zudem wird eine landesweite Strategie zur Prävention und Beratung bei Suchterkrankungen entwickelt.

Neben der stationären Versorgung wird auch der niedergelassene Bereich gestärkt. Vorgelagerte Ambulatorien mit Allgemeinmedizinerinnen und Fachärztinnen sollen Krankenhäuser entlasten. Die Förderung von Kassenordinationen für Allgemein- und Fachärztinnen in Mangelberufen soll fortgesetzt werden. Zudem soll Telemedizin als ergänzendes Angebot im Rettungswesen und in der Gesundheitsberatung etabliert werden.



5-SPITÄLER GARANTIE

- Ausbau Barmherzige Brüder Eisenstadt
- Weiterer Ausbau der Klinik Oberwart
- Spezialisierungen in Güssing, Oberpullendorf und Kittsee



AUSBAU DER PSYCHIATRISCHE VERSORGUNG

- Entwicklung eines Psychiatrie-Gesamtkonzepts
- Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Kooperationen stationär und ambulant



STÄRKUNG DES NIEDERGELASSENEN BEREICHS

- Aufbau vorgelagerter Ambulatorien
- Ausbildungsoffensive
- Ausbau Telemedizin-Angebote



NEUBAU KLINIK GOLS

- Ökologischer, nachhaltiger & innovativer Spitalsneubau
- Beste Gesundheitsversorgung im Herzen des Nordburgenlands
- Basisversorgung & Spezialisierungen mit Konzentration auf Orthopädie

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig strebt das Burgenland eine nachhaltige, leistungsfähige und innovative Gesundheitsversorgung an. Die geplante Medizin-Privatuniversität soll den Standort langfristig als Zentrum für medizinische Ausbildung und Forschung etablieren. Die kontinuierliche Anpassung der Spitalsstandorte an moderne Anforderungen wird durch die Offensivstrategie im Bereich der Gesundheitsversorgung als eines der Kernthemen des Arbeitsprogramms „Zukunftsplan 2030“ der Burgenländischen Landesregierung 2025 bis 2030, umgesetzt werden.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll weiter vorangetrieben werden, unter anderem durch den Ausbau der Telemedizin und die Implementierung moderner digitaler Gesundheitsakte-Lösungen. Zudem wird ein langfristiger Schwerpunkt auf Präventionsmaßnahmen gesetzt. Hierzu gehören der Ausbau der Gesundheitsvorsorge für ältere Menschen sowie die Einführung gezielter Anreize zur Gesundheitsvorsorge für alle Altersgruppen.



- **5-Spitäler-Garantie:** Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in allen Landesteilen
- **Neubau Klinik Gols:** Modellprojekt für nachhaltigen Spitalsbau
- **Psychiatrische Versorgung:** Ausbau von stationären und ambulanten Angeboten
- **Medizin-Privatuniversität:** Geplante Etablierung als Ausbildungs- und Forschungszentrum
- **Erweiterung der Spitalskapazitäten:** Sanierung und Modernisierung der Kliniken bis 2035

Arbeitsmarkt, Wirtschaft & Standort

Status Quo

Das Burgenland weist trotz der nationalen und internationalen Herausforderungen eine vergleichsweise stabile wirtschaftliche Entwicklung auf und konnte sich auch in Krisenzeiten als widerstandsfähiger Standort behaupten. Die regionale Wirtschaft ist stark auf den Inlandsmarkt ausgerichtet, mit einem Fokus auf hochwertige Dienstleistungen, innovative Technologien und starkes Handwerk. Der Arbeitsmarkt profitiert von gezielten Fördermaßnahmen, die eine niedrige Arbeitslosenquote und die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützen. Initiativen wie der burgenländische Mindestlohn und Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping tragen zur sozialen Absicherung bei.

Gleichzeitig besteht ein wachsender Bedarf an Fachkräften in Schlüsselbereichen wie Tourismus, Metall- und Elektrotechnik. Hier setzt das Land auf eine enge Zusammenarbeit mit Betrieben, Bildungseinrichtungen und dem Arbeitsmarktservice, um gezielte Ausbildungsprogramme und Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten. Besonders Start-ups und Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer werden aktiv gefördert, um Innovationen und unternehmerisches Wachstum zu stärken.

Vorhaben in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Standort in der Legislaturperiode

In der kommenden Regierungsperiode soll der Wirtschaftsstandort weiter gestärkt und wettbewerbsfähiger gemacht werden. Ein zentrales Ziel ist die Fachkräfteoffensive, die durch neue Lehrwerkstätten für Tourismus, Metall- und Elektrotechnik in Stegersbach, Eisenstadt und Pinkafeld unterstützt wird. Darüber hinaus wird ein Lehrbauhof etabliert, der verpflichtende Ausbildungsabschnitte für handwerkliche Berufe wie z.B. Maurer anbietet.

Zur Förderung von Unternehmen wird das Internationalisierungscenter Burgenland gegründet, das burgenländische Betriebe bei der Expansion in internationale Märkte unterstützt. Der

gezielte Ausbau interkommunaler Businessparks soll vorrangig beschäftigungsintensive Betriebe anziehen, während reine Lager- oder Logistikflächen reduziert werden. Zusätzlich soll eine verstärkte Entbürokratisierungsoffensive dafür sorgen, dass Unternehmen unbürokratisch Förderungen und Unterstützung erhalten.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird weitergeführt, um Arbeitslosigkeit zu senken und neue, gut bezahlte Jobs zu schaffen. Sozioökonomische Betriebe, die langzeitarbeitslose und arbeitsmarktferne Personen wieder in den Arbeitsmarkt integrieren, werden weiter gefördert und sollen in einer Dachorganisation gebündelt werden. Für Menschen mit Behinderungen wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Maßnahmen zur besseren Integration erarbeitet.



FACHKRÄFTEOFFENSIVE & AUSBILDUNG

- Neue Lehrwerkstätten (Tourismus, Metall, Elektro) in Stegersbach, Eisenstadt und Pinkafeld
- Lehrbauhof für handwerkliche Berufe



UNTERNEHMENSFÖRDERUNG & STANDORTENTWICKLUNG

- Gründung Internationalisierungszentrum Burgenland
- Ausbau interkommunaler Businessparks
- Entbürokratisierung für Unternehmen



ARBEITSMARKT & INTEGRATION

- Weiterführung aktiver Arbeitsmarktpolitik
- Förderung sozioökonomischer Betriebe
- Arbeitsgruppe Integration Menschen mit Behinderung

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig strebt das Burgenland an, sich als wirtschaftlich innovativer, nachhaltiger und zukunftsorientierter Standort zu etablieren. Dies beinhaltet Investitionen in Forschung und Entwicklung, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Der flächendeckende Ausbau von Breitbandinternet wird als essenzieller Faktor für Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit betrachtet.

Die Förderung von Start-ups bleibt ein zentrales Anliegen, um das Burgenland als Standort für Unternehmensgründungen weiter zu etablieren. Das Projekt „Start-up Burgenland“ wird fortgeführt und erweitert, um jungen Unternehmen optimale Rahmenbedingungen zu bieten.

Gleichzeitig werden Investitionen in Infrastruktur und wirtschaftliche Diversität vorangetrieben, um die Standortvorteile des Burgenlandes weiter auszubauen.

Ein wichtiger Aspekt der Zukunftsstrategie ist die nachhaltige Wirtschaftspolitik. Förderungen sollen verstärkt an ökologische Kriterien wie den Einsatz erneuerbarer Energien oder die Reduzierung des Bodenverbrauchs geknüpft werden. Die Förderung von regionalen Betrieben und nachhaltigen Geschäftsmodellen wird gezielt ausgebaut.



- **Lehrwerkstätten** Errichtung in Stegersbach, Eisenstadt und Pinkafeld für Fachkräfteausbildung
- **Burgenländischer Mindestlohn** als soziale Absicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- **Förderung von sozioökonomischen Betrieben in Zusammenarbeit mit dem AMS** zur Wiedereingliederung arbeitsmarktferner Personen
- **Flächendeckender Breitbandausbau** zur digitalen Standortstärkung
- **Ökologische Nachhaltigkeitskriterien** als Fördervoraussetzung für Unternehmen

Bildung, Familie, Jugend & Frauen

Status Quo

Die Bildungspolitik des Burgenlandes verfolgt das Ziel, gleiche Chancen für alle zu gewährleisten. Die beitragsfreien Ganzjahreskrippen und Ganzjahreskindergärten sowie der Ausbau ganztägiger Schulformen sind zentrale Maßnahmen, die bereits umgesetzt wurden. Die Elementarpädagogik wird weiterentwickelt und vollumfänglich in die Bildungsdirektion integriert. Ein zusätzlicher Fokus liegt auf individueller Förderung durch Nachhilfeprogramme, spezielle Unterstützung bei Lernschwächen und Begabtenförderung. Die berufliche Ausbildung wird gezielt mit der Wirtschaft verknüpft, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt. Betriebskindergärten werden insbesondere in systemrelevanten Bereichen wie beispielsweise Kliniken gefördert, um Eltern im Schichtdienst zu unterstützen. Flexible Arbeitsmodelle wie Homeoffice und Gleitzeitregelungen werden ebenfalls vorangetrieben. In der Jugendarbeit wird auf eine verstärkte Einbindung von Jugendlichen in gesellschaftliche und politische

Prozesse gesetzt. Ein dichtes Netz aus Jugendzentren und Streetwork-Projekten bietet Beratung und Freizeitangebote für junge Menschen.

Im Bereich Frauenpolitik setzt das Burgenland auf wirtschaftliche Unabhängigkeit und Gleichstellung. Der burgenländische Mindestlohn trägt wesentlich zur Reduzierung der Lohnschere bei. Frauen in Führungspositionen werden gezielt gefördert und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle erleichtern den Wiedereinstieg nach der Karenz. Der Schutz vor Gewalt wird durch erweiterte Beratungsstellen und Präventionsprogramme an Schulen verstärkt.

Die Maßnahmen des Sozial- und Klimafonds unterstützen speziell einkommensschwache Familien. Dabei umfasst das Angebot verschiedene Förderungen, wie beispielsweise Zuschüsse für Alleinerziehende, finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an der Musikschule, sowie Beiträge zum Mittagessen der Kinder in den Schulen und Kindergärten. Ziel des Sozial- und Klimafonds ist es insbesondere auch, Familien in herausfordernden Lebenslagen zu entlasten, und Kindern gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe zu ermöglichen.

Vorhaben in den Bereichen Bildung, Familie, Jugend & Frauen in der Legislaturperiode

Die Bildungsstrategie umfasst den Ausbau regionaler Bildungsangebote, die Schaffung von Bildungsregionen und die Anpassung der Infrastruktur, um den schulischen Bedürfnissen besser gerecht zu werden. Die Elementarpädagogik wird weiterentwickelt und sowohl in den Bereichen Pädagogik, als auch Verwaltung in die Bildungsdirektion integriert. Besondere Schwerpunkte liegen auf Digitalisierung, Mehrsprachigkeit und praxisnaher Ausbildung. Maßnahmen wie Lerncamps und Förderprogramme für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler werden ausgebaut.

Im Familienbereich bleibt der beitragsfreie Kindergarten bestehen. Zusätzlich sollen Ferienbetreuungsangebote erweitert und Modelle wie das "Leih-Oma"-Projekt geprüft werden, um Eltern weiter zu entlasten. Die Jugendarbeit wird durch eine verstärkte Unterstützung von Jugendzentren und eine Plattform zur Drogenprävention weiterentwickelt. Zudem wird das Jugendschutzgesetz novelliert, um den Zugang zu Glücksspielen und Nikotinprodukten für Jugendliche stärker zu regulieren.

Die Frauenförderung setzt auf wirtschaftliche Unabhängigkeit und Schutzmaßnahmen gegen Gewalt. Weiterbildungsprogramme in digitalen und unternehmerischen Fähigkeiten sollen Frauen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Ein Siegel für Lohngleichheit soll

für geschlechtergerechte Bezahlung sorgen. Die Errichtung zusätzlicher Übergangswohnungen für von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder wird forciert. Zudem werden Programme wie „Girls do Politics“ und Mentoring-Initiativen für junge Frauen in politischen und wirtschaftlichen Bereichen etabliert.

Für die Zukunft der Familienförderung als Teil des Sozial- und Klimafonds ist geplant, den Zugang zu den unterschiedlichen Förderungen weiter auszubauen und zu vereinfachen - so wird die Antragsstellung zunehmend online ermöglicht, um den Prozess für Familien schneller und komfortabler zu gestalten. Gleichzeitig wird die Bürokratie reduziert, indem die Anzahl der erforderlichen Nachweise minimiert wird. Die Mittagsessenförderung wurde für das Schuljahr 2025/2026 durch die Anpassung der Höchstbeiträge erhöht. Hierdurch wird gezielt auf gestiegene Preise und stärkere, finanzielle Belastung der Eltern reagiert.



BILDUNG

- Ausbau regionaler Bildungsangebote
- Schwerpunkte in Digitalisierung und Praxisbezug
- Fortführung Lerncamps und spezifische Förderprogramme



FAMILIE & JUGEND

- Beitragsfreie Kindergärten, Kinderkrippen & Ausbau Ferienbetreuung
- Aktive Jugendarbeit und Drogenprävention
- Novellierung Jugendschutzgesetz



FRAUENFÖRDERUNG

- Weiterbildung in Bereichen Digitalisierung und Unternehmertum
- Lohngleichheitssiegel & Mentoringprogramme (wie "Girls do Politics")
- Übergangswohnungen für von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig strebt das Burgenland eine umfängliche Digitalisierung des Bildungsbereichs an, um allen Schülerinnen und Schülern moderne Lernmöglichkeiten zu bieten. Im Bereich der Elementarpädagogik schafft die strukturelle Eingliederung in die Bildungsdirektion die Basis für ein nahtloses, chancengerechtes und qualitativ hochwertiges Bildungssystem im Burgenland – von der frühen Kindheit bis zum Schulabschluss. Schwerpunkte sind mittelfristig eine wesentlich verbesserte Gestaltung der Übergangsprozesse zwischen Kindergarten und

Schule, sowie eine Neustrukturierung des gesamten Bereichs der Stützkräfte für Kinder mit Förderbedarf.

Der Ausbau von Bildungsregionen soll dazu beitragen, dass Schulangebote besser auf regionale wirtschaftliche Bedürfnisse abgestimmt werden. In der Jugendpolitik wird eine stärkere Verknüpfung von schulischer und außerschulischer Bildung angestrebt, um junge Menschen optimal auf die Arbeitswelt vorzubereiten.

Die Familienpolitik wird darauf ausgerichtet, die Betreuungsangebote weiter auszubauen und noch stärker mit den Arbeitsmarktbedürfnissen zu verzahnen. Der Fokus liegt auf flexiblen Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Unterstützungsangeboten für Alleinerziehende. Die Rolle der Väter in der Kinderbetreuung soll durch gezielte Programme gestärkt werden.

In der Frauenpolitik wird langfristig an der Reduktion der Lohnschere gearbeitet. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen soll weiter erhöht werden. Der Gewaltschutz wird durch flächendeckende Präventionsprogramme und verstärkte Schulungen für relevante Berufsgruppen weiter verbessert. Frauen in ländlichen Regionen sollen besseren Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und Beratungsangeboten erhalten.



- **Beitragsfreier Ganzjahreskindergarten:** Fortführung und Ausbau
- **Ganztägige Schulformen:** Erweiterung der Angebote
- **Jugendzentren und Streetwork-Projekte:** Ausbau bis 2030
- **Mentoring-Programme für Frauen:** Einführung von „Girls do Politics“
- **Eröffnung des Campus Pinkafeld der Hochschule Burgenland**

Wohnen, Infrastruktur und Mobilität

Status Quo

Das Burgenland verfolgt eine Doppelstrategie im Wohnbau: Leistbarer Wohnraum soll erhalten und ausgebaut werden, während die Bodenversiegelung reduziert wird. Die Wohnbauförderung bleibt mit einer Fixverzinsung von 0,9 % über 30 Jahre eine der attraktivsten in Österreich. Der gemeinnützige Wohnbau wird über das „Modell Mieteigentum“ gestärkt, bei dem Mietobjekte sukzessive in Eigentum übergehen können. Zudem setzt das

Land verstärkt auf nachhaltige Sanierung und Ortskernbelebung, um Leerstände zu nutzen und Bauland effizienter zu mobilisieren.

Im Bereich Verkehr und Infrastruktur verfügt das Burgenland über ein dichtes öffentliches Verkehrsnetz. Die Verkehrsbetriebe Burgenland GmbH (VBB) betreiben Buslinien, Anruf-Sammeltaxis (BAST) und Park-&-Ride-Anlagen, die laufend evaluiert und verbessert werden. Die Landesregierung setzt auf die Umsetzung der Maßnahmen der burgenländischen Gesamtverkehrsstrategie - darunter die Förderung der E-Mobilität, den Ausbau der Radwegenetze und alternative Verkehrsformen.

Vorhaben in den Bereichen Wohnen, Infrastruktur und Mobilität in der Legislaturperiode

Die Wohnbaupolitik bleibt auf leistbaren Wohnraum und ressourcenschonende Raumplanung ausgerichtet. Ein Leerstands- und Flächenmanagementsystem soll Gemeinden helfen, leerstehende Gebäude und ungenutzte Baulandflächen systematisch zu erfassen und zu verwerten. Eine Leerstandsabgabe für Gewerbeimmobilien wird geprüft. Zudem soll die Sanierungsquote durch ein neues Förderprogramm gesteigert werden.

Im Bereich Verkehr wird die VBB, als zentraler Dienstleister im Bereich des öffentlichen Busverkehrs im Burgenland gestärkt, um den öffentlichen Verkehr weiter zu attraktivieren und etwaige Lücken im bestehenden Netz zu schließen. Die Einführung einer digitalen Buchungsplattform für Anruf-Sammeltaxis ist geplant. Zudem wird ein „Masterplan Verkehrsinformationssystem Burgenland“ entwickelt, der digitale Verkehrsleitsysteme beinhaltet. Die Radverkehrsinfrastruktur wird weiter ausgebaut, insbesondere im Alltagsradverkehr.



WOHNBAU & RAUMPLANUNG

- Aktives Leerstandsmanagement
- Prüfung einer Leerstandsabgabe
- Förderungsprogramm für Sanierungen



VERKEHR UND MOBILITÄT

- Attraktivierung VBB & ÖPNV
- Digitale Buchungsplattform für das BAST
- Ausbau Alltagsradwege

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig soll der gemeinnützige Wohnbau weiter gestärkt und eine nachhaltige Stadtentwicklung gefördert werden. Das Landesentwicklungsprogramm wird aktualisiert, um zukünftigen Herausforderungen im Bereich Raumplanung gerecht zu werden. Der Fokus liegt auf verdichtetem, ressourcenschonendem Bauen sowie auf der Revitalisierung von Bestandsgebäuden.

Im Verkehr wird die bilanzielle Klimaneutralität weiterverfolgt. Maßnahmen zur Umsetzung der E-Mobilitätsstrategie werden weiterverfolgt, mit einem dichten Netz an Ladestationen und Förderungen soll der Umstieg auf Elektrofahrzeuge weiter angeregt werden. Der öffentliche Verkehr wird digitaler, vernetzter und effizienter gestaltet, mit verstärkter Nutzung von Datenanalyse für Fahrplanoptimierung und Angebotssteuerung. Langfristig wird auch der Sicherheitsausbau von Landesstraßen weitergeführt.



- **0,9% Fixverzinsung** für Wohnbaudarlehen als eine der günstigsten Förderungen in Österreich.
- **Erweiterung des Modells Mieteigentum**, um langfristig mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen.
- **Einführung einer Leerstandsdatenbank**, um Bauland effizienter zu mobilisieren.
- **Flächendeckender Ausbau von E-Ladestationen** für eine emissionsfreie Mobilität.
- **Prüfung einer LKW-Maut** zur Verkehrslenkung und Reduzierung von Emissionen.

Energie und Digitalisierung

Status Quo

Das Burgenland setzt stark auf Digitalisierung, um Wirtschaft und Gesellschaft weiterzuentwickeln. Mit der „Breitbandstrategie Burgenland 2030“ wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur forciert, um eine flächendeckende Versorgung mit gigabitfähigem Internet sicherzustellen. Derzeit liegt der Anteil der Haushalte mit einem Anschluss über 1000 Mbit/s bei 76% und übertrifft damit den österreichischen Durchschnitt. Die Digitalisierung der Verwaltung wird weiter vorangetrieben, unter anderem durch E-Government-Lösungen und eine zentrale IT-Standardisierung. Forschung und Innovation sind ebenfalls zentrale Säulen, mit Fokus auf Künstliche Intelligenz, nachhaltige Technologien und Gesundheitsforschung.

Im Energiebereich verfolgt das Burgenland das Ziel, bis 2030 energieautark zu sein. Durch Projekte wie „Project Tomorrow“ wird der Ausbau erneuerbarer Energiequellen vorangetrieben, wobei insbesondere Windkraft, Photovoltaik und Speichertechnologien im Fokus stehen. Die erste landesweite Energiegemeinschaft, der „Fanclub Burgenland Energieunabhängig“, fördert die lokale Energieproduktion und senkt die Netzkosten. Zudem wird verstärkt auf den Ausbau von Wärmenetzen aus erneuerbaren Quellen gesetzt.

Vorhaben in den Bereichen Energie und Digitalisierung in der Legislaturperiode

In der Digitalisierung soll der Breitbandausbau weiter beschleunigt werden, um bis 2030 alle Haushalte mit High-Speed-Internet zu versorgen. Das Burgenland-Backbone wird ausgebaut, um kritische Infrastrukturen besser anzubinden und die Resilienz gegenüber Krisen zu stärken. Gleichzeitig wird der Bereich digitale Bildung massiv gefördert, um die digitale Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Ein „IKT Competence Center“ wird geschaffen, um digitale Souveränität und Cybersicherheit weiter auszubauen. Zudem sollen Unternehmen gezielt bei der digitalen Transformation unterstützt werden.

Im Forschungsbereich wird die „FTI-Strategie Burgenland 2030“ umgesetzt, um den Standort für wissenschaftliche Innovationen weiterzuentwickeln. Schwerpunkte liegen auf Künstlicher Intelligenz, Gesundheitsforschung und nachhaltigen Energietechnologien. Neue Forschungszentren und Innovationsprogramme sollen gezielt Unternehmen und Start-ups fördern.

Die Energiewende wird mit dem weiteren Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen beschleunigt. Eine verpflichtende Installation von PV-Anlagen auf neuen Gewerbebauten und Parkplätzen wird forciert. Zudem wird ein landesweites Netz aus Großspeichern aufgebaut, um erneuerbare Energien effizient zu nutzen. Die stärkere Nutzung der Geothermie soll durch ein Pilotprojekt beschleunigt werden. Das Burgenland setzt verstärkt auf Wasserstofftechnologien und plant Pilotprojekte zur Speicherung und Nutzung von grünem Wasserstoff.



DIGITALISIERUNG

- Breitbandausbau und Stärkung digitaler Bildung
- Ausbau Burgenland-Backbone und Schaffung eines IKT-Competence-Centers
- Förderung Digitaler Transformation in Unternehmen



FORSCHUNG & INNOVATION

- Umsetzung FTI-Strategie 2030
- Schwerpunkte in KI, Gesundheitsforschung und Energietechnologien
- Förderung Forschungszentren und Start-Ups



ENERGIEWENDE

- Ausbau Windkraft und Photovoltaik
- Prüfung PV-Pflicht auf Neubauten
- Pilotprojekte zur Geothermie, Stromspeicherung und grünem Wasserstoff

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig soll das Burgenland zu einer führenden Region für Digitalisierung und nachhaltige Innovationen werden. Die Breitbandversorgung wird weiter optimiert, um eine vollständig vernetzte Region zu schaffen. Zudem wird die Künstliche Intelligenz gezielt in die öffentliche Verwaltung integriert, um Effizienz und Servicequalität zu verbessern.

Die Energiewende wird konsequent weiterverfolgt, mit dem Ziel, eine CO₂-neutrale Energieversorgung zu gewährleisten. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird durch fortschrittliche Speichertechnologien ergänzt, um eine konstante Energieversorgung sicherzustellen. Die Integration von grünem Wasserstoff, Geothermie und weiteren innovativen Energieträgern wird intensiv erforscht und umgesetzt.



- **76 % der Haushalte** haben bereits gigabitfähige Anschlüsse – Ziel ist eine flächendeckende Versorgung bis 2030.
- **„Project Tomorrow“** als größtes Wind- und Photovoltaik-Ausbauprojekt Österreichs.
- **Errichtung von Großspeichern** zur Stabilisierung der erneuerbaren Energieversorgung.
- **Umsetzung eines Pilotprojekts im Bereich der Tiefengeothermie**
- **Optimierung der Forschungslandschaft**

Klima, Umwelt, Biodiversität und Tierschutz

Status Quo

Das Burgenland verfolgt eine ambitionierte Klimapolitik mit dem Ziel, bis 2030 bilanziell klimaneutral und energieneutral zu werden. Die "Klimastrategie Burgenland 2030" gibt die Richtung vor und wird bis 2027 überarbeitet und neu beschlossen. Der Ausbau erneuerbarer Energien, Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse sowie eine nachhaltige Bodennutzung sind wesentliche Bestandteile der Klimapolitik. Umwelt- und Naturschutz sind stark verankert: Mehr als ein Drittel der Landesfläche steht unter Naturschutz, insbesondere durch den Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel, durch die Europaschutzgebiete und sechs Naturparke.

Da das Burgenland stark von landwirtschaftlicher Nutzung, zunehmender Bodenversiegelung und klimabedingter Bodenerosion betroffen ist, spielt auch der Bodenschutz eine zentrale Rolle. Fruchtbare Böden sind eine wichtige Grundlage für die regionale Wertschöpfung, stehen jedoch durch Trockenperioden, Starkregenereignisse und bauliche Flächeninanspruchnahme unter Druck.

Im Bereich des Tierschutzes und der Tierhaltung hat das Burgenland durch seine Bio-Wende hohe Standards gesetzt. Eine tiergerechte Haltung und emissionsarme Landwirtschaft werden aktiv gefördert. Die Jagd und Fischerei sind auf nachhaltige Wild- und Fischbestände sowie den Erhalt der Biodiversität ausgerichtet. Im Wassermanagement steht der Schutz des Neusiedler Sees und wichtiger Feuchtgebiete im Vordergrund, da der Osten Österreichs besonders von Trockenheit betroffen ist.

Vorhaben in den Bereichen Umwelt und Tierschutz in der Legislaturperiode

Im Klimaschutz wurde noch 2025 ein Burgenländisches Klimaschutzgesetz vorgelegt, das alle relevanten Maßnahmen bündelt und rechtlich verankert. Neben der Reduktion von CO₂-Emissionen liegt der Fokus auf der Sensibilisierung der Bevölkerung durch Klimabildungsinitiativen in Schulen und gezielte Bewusstseinskampagnen. Zusätzlich wird der schrittweise Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf erneuerbare Alternativen durch den Burgenländischen Ökoenergiefonds weiter gefördert.

Der Umwelt- und Naturschutz wird durch eine Erweiterung der Schutzgebiete und auch durch die Durchführung von Renaturierungsmaßnahmen vor allem in den Europaschutzgebieten gestärkt. Der Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel soll um den Hanság erweitert und durch Renaturierungsmaßnahmen gesichert werden. Eine verbesserte Verwaltung der Naturparke sowie Maßnahmen zur Reduktion von Lichtverschmutzung sind ebenfalls geplant. Eine Bodenschutzoffensive wird gestartet, um nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken zu fördern und die CO₂-Bindung durch neue Begrünungsmaßnahmen zu erhöhen.

Im Bereich des Tierschutzes wird die Förderung für Tierschutzvereine erhöht, um die Versorgung herrenloser Tiere zu verbessern. Ein Tierschutzgipfel sowie die Evaluierung eines neuen Tierschutzkonzepts stehen auf der Agenda, ebenso wie der Bau eines neuen Tierschutzhauses im Südburgenland. Die Tierhaltung soll durch gezielte Förderungen für Beweidung und tierfreundliche Stallsysteme weiter verbessert werden.

Die nachhaltige Jagd wird durch Sensibilisierungsmaßnahmen zur Reduktion von Bleimunition unterstützt. Die fischereiliche Ausbildung wird durch eine neue Prüfungsstätte in Heiligenkreuz professionalisiert.

Das Wassermanagement setzt verstärkt auf Trinkwasserschutz und Hochwasserprävention. Die Biologische Station übernimmt als akkreditierte Landesuntersuchungsanstalt eine tragende Rolle in der Prüfung der Trink-, Bade- und Oberflächenwasserqualität und ist eine zentrale Säule der hygienischen Qualität. Ein Regionalprogramm zum Schutz der Tiefengrundwässer wird ausgearbeitet. Zudem werden Maßnahmen zur Stabilisierung des Wasserstandes, insbesondere des Ökosystems und der Region Neusiedler See und anderen Feuchtgebieten, durch gezielte Wasserstandregulierungen, Renaturierungsprojekte und Erhebung und Studien ergriffen. Hand in Hand geht dies mit der Langzeitmessung ökologischer Schlüsselparameter, die Änderungen in Ökosystemen frühzeitig erkennen und Managementmaßnahmen zielorientiert ableiten lassen. Wissensvermittlung zu naturkundlichen Themen an die Bevölkerung wird seitens der NaturAkademie übernommen. Der Schwerpunkt liegt hierbei in den Naturpark-Regionen.

Im Bereich Bodenschutz bietet das geplante EU-Soil-Monitoring Law einen Rahmen, um durch verpflichtendes Bodenmonitoring im Burgenland künftig Daten zu Humusgehalt, Erosionsgefährdung, Schadstoffbelastung etc. zu erheben, und dadurch gezielte Schutzmaßnahmen zu ermöglichen.

In einem geplanten LIFE Projekt besteht für das Burgenland die Möglichkeit eines dreijährigen Projektleads zum Aufbau eines bundesweiten Kompetenznetzwerks zwischen Ministerien, Bundesländern, Behörden, Gemeindeverwaltungen und Bodenbotschaftern, um so den Informations- und Wissensaustausch zu verbessern und eine einheitliche Herangehensweise im Bodenschutz zu forcieren.

Der Entsiegelungswettbewerb dient als gezieltes Förderinstrument, um Gemeinden, Betriebe und private Initiativen zur Rückgewinnung versiegelter Flächen zu motivieren. So entsteht ein Anreizsystem, das konkrete Entsiegelungsvorhaben sichtbar macht, Akteure vernetzt und einen messbaren Beitrag zum Bodenschutz und zur Klimaanpassung leistet.



KLIMASCHUTZ

- Schaffung eines Burgenländischen Klimaschutzgesetz
- Klimabildung und Bewusstseinskampagnen
- Förderung Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme



TIERSCHUTZ & JAGD- UND FISCHEREIWESEN

- Neues Tierschutzhaus im Südburgenland
- Förderung Tierschutzvereine und Tierfreundliche Stallsysteme
- Bleimunitionsreduktion
- Hochwasserprävention und Wasserstandmanagement



UMWELT- UND NATURSCHUTZ

- Verbesserung des Erhaltungszustandes der Schutzgebiete und Erweiterung des Nationalparks im Bereich Hanság
- Bodenschutzoffensive
- Lichtverschmutzungsreduktion
- Sicherstellung von Seen, Bächen und Feuchtgebieten
- Sicherstellung von Trink- und Badewässern
- Naturkundliche Wissensvermittlung
- Langzeitmessungen ökologischer Daten

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig soll das Burgenland eine klimaneutrale, biodiversitätsreiche und ökologisch nachhaltige Region werden. Die "Klimastrategie Burgenland 2030" wird bis 2027 überarbeitet und neu beschlossen, um einen klaren Plan zur Erreichung der Einsparungsziele zu haben. Neue Technologien, etwa zur CO₂-Speicherung und Klimaanpassungsmaßnahmen sollen laufend erforscht und in Pilotprojekten umgesetzt werden.

Die Natur- und Umweltschutzmaßnahmen, die naturkundliche Wissensvermittlung und Langzeitmessungsprogramme werden kontinuierlich ausgeweitet. Die langfristige Sicherung von Schutzgebieten sowie der Ausbau nachhaltiger naturorientierter Tourismuskonzepte in den Naturparks sind dabei zentrale Vorhaben. Im Tierschutz wird eine stärkere Einbindung der Bevölkerung durch Bildungsinitiativen angestrebt.

Das Jagd- und Fischereiwesen soll ökologisch werden. Die Förderung von natürlichen Wildbiotopen und nachhaltigen Fischbeständen wird ausgebaut. Das Wassermanagement von Oberflächen- und Grundwasser soll durch innovative und grenzüberschreitende Projekte optimiert werden.

Durch gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorgaben sowie regionale Maßnahmen und gezielte Förderinstrumente besteht für das Burgenland die Chance, sich im Bereich des Bodenschutzes nachhaltig zu positionieren.



- *Bilanzielle Klima- und Energieneutralität bis 2030 als übergeordnetes Ziel*
- *Erweiterung des Nationalparks Neusiedler See - Seewinkel um den Hanság*
- *Einführung eines Burgenländischen Klimaschutzgesetzes zur rechtlichen Absicherung von Klimamaßnahmen*
- *Renaturierung von Oberflächen- und Grundwässern sowie Feuchtgebieten zur Wasserstandsicherung*
- *Kompetenznetzwerk bundesweit durch den LIFE Projektlead*
- *Bewusstseinsbildung durch gezielte Entsiegelungsprojekte*

Landwirtschaft und Tourismus

Status Quo

Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren als Vorreiter nachhaltiger und biologischer Landwirtschaft etabliert. Die im Jahr 2018 eingeleitete „Bio-Wende“ führte dazu, dass das Burgenland eine der höchsten Bio-Flächenquoten in Österreich aufweist. Zudem spielen regionale Kreisläufe und Direktvermarktung eine zentrale Rolle. Gleichzeitig steht die Landwirtschaft vor Herausforderungen wie Klimawandel, Wasserknappheit und dem wachsenden Bedarf an nachhaltigen Bewirtschaftungsmethoden.

Der Tourismus stellt eine wesentliche Säule der burgenländischen Wirtschaft dar. Jeder fünfte Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt mit dem Tourismussektor verbunden. Die touristische Strategie baut auf die Stärken der Region – Natur, Thermen, Sport, Kunst, Kultur, Kulinarik und Wein – und setzt verstärkt auf Nachhaltigkeit, Regionalität und Digitalisierung.

Die Weinwirtschaft ist eng mit dem Tourismus verknüpft und trägt maßgeblich zur internationalen Wahrnehmung des Burgenlandes bei. Der Anteil biologisch bewirtschafteter Rebflächen nimmt stetig zu, und das Burgenland profitiert vom globalen Trend zu hochwertigen, nachhaltigen Weinen.

Vorhaben in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus in der Legislaturperiode

Die Burgenländische Landesregierung setzt in den kommenden Jahren auf eine weitere Stärkung der biologischen Landwirtschaft und auf nachhaltige Innovationen. Das „Forschungscenter für nachhaltige Landwirtschaft“ wird eingerichtet, um praxisnahe Lösungen für klimafitte Anbaumethoden zu entwickeln. Eine Landesstrategie zur Pestizidreduktion wird erarbeitet, wobei kontrollierte Maßnahmen zur Boden- und Wasserschonung im Mittelpunkt stehen.

Um die Energie- und Wassereffizienz zu verbessern, werden Strategien zur Reduktion des Wasserverbrauchs in der Landwirtschaft sowie Förderungen für erneuerbare Energien wie Agri-Photovoltaik vorangetrieben. Zudem sollen neue Kreislaufwirtschaftsmodelle erarbeitet werden, um Nebenprodukte der Landwirtschaft für alternative Produkte nutzbar zu machen. Im Rahmen der „Tourismusstrategie 2030“ wird die Marke Burgenland weiterentwickelt und der Qualitätskurs fortgesetzt. Ein besonderer Fokus liegt auf nachhaltigem Destinationsmanagement und der Reduktion bürokratischer Hürden für touristische Betriebe. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur und des Marketings soll die burgenländische Tourismusbranche international noch stärker positionieren.

Ein zentrales Ziel ist es, das Burgenland als führende Destination für nachhaltigen Lebensgenuss zu etablieren. Dazu werden Investitionen in Rad- und Wanderwege, Naturparks und Thermen getätigt, während die gastronomische Landschaft weiter gestärkt wird. Ein Teil der Tourismusabgabe wird für den Erhalt der Naturparke verwendet.

Die burgenländische Weinwirtschaft soll international noch stärker als Premiumregion positioniert werden. Ein besonderer Fokus liegt auf der nachhaltigen Bewirtschaftung: Bis 2030 soll der Herkunftswein Burgenland zu 100 % nachhaltig produziert werden, unter Verzicht auf Herbizide und Glyphosat. Zudem wird die Forschung an klimawandelresistenten Rebsorten intensiviert.

Die Einführung einer neuen Weinkategorie für alternative Weine eröffnet innovative Marktchancen. Der Weintourismus wird durch neue Konzepte und gezielte Vermarktungsstrategien weiter ausgebaut.



LANDWIRTSCHAFT

- Einrichtung eines Forschungszentrums für nachhaltige Landwirtschaft
- Fokus auf Pestizidreduktion sowie Wasser- und Energieeffizienz
- Förderung von Agri-Photovoltaik und Kreislaufwirtschaft



TOURISMUS

- Weiterentwicklung Marke Burgenland und Qualitätsfokus
- Ausbau digitale Infrastruktur und digitales Marketing
- Investitionen in Rad- und Wanderwege, Naturparks, Thermen und Gastronomie



WEINWIRTSCHAFT UND WEINTOURISMUS

- Internationale Positionierung als Premiumregion
- 100% nachhaltige Herkunftsweine bis 2030
- Einführung neuer Weinkategorie und Ausbau Weintourismus

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig soll die biologische Landwirtschaft auf mindestens 50% der landwirtschaftlichen Fläche ausgeweitet werden. Eine stärkere Vernetzung mit Forschung und Entwicklung sowie die Förderung neuer Anbaumethoden werden dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu sichern. Das Burgenland plant, sich als Vorzeigeregion für nachhaltige Landwirtschaft in Europa zu etablieren.

Der Tourismus soll als tragende wirtschaftliche Säule nachhaltig wachsen. Durch die Verbindung von Digitalisierung, nachhaltigen Mobilitätskonzepten und innovativen Erlebnisangeboten wird das Burgenland seine Position als führende Genuss- und Erholungsregion weiter festigen.

Die Weinwirtschaft wird als internationales Aushängeschild weiter gestärkt, mit einer klaren Positionierung als nachhaltige Spitzenregion. Die Förderung von Weintourismus und neuen Weinkategorien wird den wirtschaftlichen Erfolg der Branche langfristig absichern.



- **Bio-Flächenanteil:** Steigerung von derzeit 40% auf 50% bis 2030
- **Stärkung Tourismus:** Jeder fünfte Arbeitsplatz im Burgenland hängt direkt oder indirekt mit dem Tourismus zusammen
- **Weinwirtschaft:** Ziel der 100% nachhaltigen Produktion von Herkunftswein bis 2030

Kultur, Vereine und Sport

Status Quo

Das Burgenland zeichnet sich durch eine reiche kulturelle Tradition und Vielfalt aus. Als kulturelle Modellregion ist das Land Heimat zahlreicher Festivals, Museen, Theater und musikalischer Einrichtungen. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu einem offenen Kulturbegriff, der Alltags- und Volkskultur ebenso einschließt wie zeitgenössische Kunst. Die autochthonen Volksgruppen – Burgenlandkroaten, Ungarn und Roma – sind essenzieller Bestandteil der kulturellen Identität des Landes. Ihre Förderung ist in verschiedenen Programmen verankert.

Im Bereich Werte und Vereine ist das Burgenland stark von Ehrenamt und Vereinsleben geprägt. Gemeinschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt werden aktiv gefördert. Traditionen wie das Verbot der Sonntagsöffnung und das Festhalten am Karfreitag als Feiertag unterstreichen das burgenländische Werteverständnis.

Der Sport hat im Burgenland ebenso eine hohe Bedeutung, sowohl der Breiten- als auch der Spitzensport. Eine umfassende Sportstrategie fördert sportliche Betätigung in Schulen und Vereinen und stärkt die Infrastruktur für Sportlerinnen und Sportler.

Vorhaben in den Bereichen Kultur, Vereine und Sport in der Legislaturperiode

Die Landesregierung plant die Entwicklung einer "Kulturstrategie Burgenland", um bestehende Strukturen zu optimieren und Synergien besser nutzen zu können. Besonders die Förderung regionaler Kunst und Kultur, die Absicherung von regionalen Kulturinitiativen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Joseph Haydn Privathochschule (JHP) sind Schwerpunkte. Die Musiklandschaft wird durch eine strukturelle Optimierung des Musikschulwesens und die Weiterentwicklung des Landesorchesters Burgenland gestärkt. Zudem werden Maßnahmen gesetzt, um die historische Bausubstanz und das kulturelle Erbe

zu bewahren. Die Weiterentwicklung der autochthonen Volksgruppen wird durch eine neue Volksgruppenförderrichtlinie gesichert. Medienangebote in den Volksgruppensprachen werden ausgebaut, und das geplante Volksgruppenhaus in Oberwart soll als zentrale Begegnungsstätte dienen. Um das Ehrenamt zu stärken, wird eine Versicherung für ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre geschaffen. Vereine erhalten weiterhin finanzielle Unterstützung, und bürokratische Hürden sollen reduziert werden. Neue Bildungsangebote zur Vereinsführung werden bereitgestellt. Die Landesregierung investiert in die Sportinfrastruktur, unter anderem durch den Bau eines Landessportzentrums in Mattersburg sowie in den Ausbau der Sportinfrastruktur in allen anderen Bezirken des Burgenlandes. Schul- und Breitensport werden weiter gefördert, etwa durch die Fortführung der Initiative „URFIT“ zur Vernetzung von Schulen und Vereinen sowie durch das Projekt „Jedes Kind soll schwimmen lernen“. Eine digitale Sport-App zur Bewegungsförderung wird eingeführt. Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportler sollen im Land oder landesnahen Betrieb angestellt werden, um soziale Absicherung und sportliche Karriere zu verbinden.



KULTUR UND VOLKSGRUPPENFÖRDERUNG

- Entwicklung einer Kulturstrategie Burgenland
- Förderung regionaler Kunst und Kultur und Reform Musikschulwesen
- Volksgruppenhaus & Förderung durch Volksgruppenförderrichtlinie sichern
- Medienangebote von Volksgruppenmedien ausbauen & Volksgruppenhaus



EHRENAMT UND VEREINE

- Einführung einer Versicherung für ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre
- Verstärkte finanzielle Unterstützung und Bürokratieabbau
- Bildungsangebote für Vereinsführung



SPORT UND BEWEGUNG

- Investitionen in Sportinfrastruktur z.B. LSZ Mattersburg
- Fortführung Sportinitiative "URFIT" sowie Schul-Schwimmprojekte
- Forcierung von Nachwuchssport-Förderungen

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Die burgenländische Identität soll nachhaltig gestärkt und die internationale Vernetzung soll forciert werden. Die strategische Weiterentwicklung des Festspielwesens und der Kulturtourismus sind zentrale Aspekte. Zudem wird eine stärkere Digitalisierung der Kulturlandschaft angestrebt. Das Vereinswesen soll durch eine Vereinfachung der

Förderungen und eine stärkere Anerkennung von Ehrenamt weiter gestärkt werden. Die gesellschaftliche Teilhabe und der Zusammenhalt stehen dabei im Fokus.

Der Sport wird durch nachhaltige Infrastrukturmaßnahmen langfristig abgesichert. Der Ausbau von Sportstätten, die Unterstützung von Spitzensport und Maßnahmen zur Gesundheitsprävention sind zentrale Vorhaben. Burgenland soll sich als attraktiver Austragungsort für nationale und internationale Sportevents positionieren.



- **Kulturelles Erbe:** Förderung der Volksgruppen, Entwicklung einer Kulturstrategie
- **Vereinswesen:** Einführung einer Versicherung für Ehrenamtliche
- **Sportförderung:** Bau eines Landessportzentrums in Mattersburg
- **Sportliche Nachwuchsförderung:** Anstellung von Sporttalenten im Land oder landesnahen Betrieb

Gemeinden und Sicherheit

Status Quo

Die burgenländischen Gemeinden spielen eine zentrale Rolle in der regionalen Entwicklung und Daseinsvorsorge. Trotz stabiler Strukturen stehen sie vor finanziellen Herausforderungen, die durch stagnierende Ertragsanteile des Bundes verstärkt werden. Interkommunale Zusammenarbeit und Digitalisierung sollen die Effizienz steigern und die finanzielle Stabilität sichern.

Das Burgenland ist als Grenzland besonders von Asyl- und Migrationsbewegungen betroffen. Gleichzeitig sind die Herausforderungen durch illegale Migration und Schlepperkriminalität unverändert gegeben. Das Burgenland erfüllt bereits seit Jahren überproportional seine Asylquote und engagiert sich in der Integration. So wurde seitens der Burgenländischen Landesregierung sichergestellt, dass sich Asylwerber künftig aktiv am Arbeitsmarkt einbringen und gemeinnützige Arbeit in den Gemeinden, im Land oder in der Landesholding übernehmen. Die Freiwillige Feuerwehr übernimmt eine tragende Rolle im Katastrophenschutz und ist eine zentrale Säule der Sicherheit. Die zunehmenden Extremwetterereignisse, insbesondere Hochwasser und Stürme, erfordern eine verstärkte Prävention und Einsatzbereitschaft.

Vorhaben in den Bereichen Gemeinden und Sicherheit in der Legislaturperiode

Zur Stärkung der Gemeinden soll deren Finanzkraft und Eigenständigkeit gesichert werden. Zur kurzfristigen Liquiditätssicherung wird der Burgenländische Gemeindefonds eingerichtet,

während gezielte Unterstützung für Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere im Bereich Kinderbetreuung und Klimaschutz, ausgeweitet werden.

Die Digitalisierung der Verwaltung wird vorangetrieben. Eine Vereinheitlichung der Softwarelösungen und der Aufbau digitaler Serviceplattformen sollen den Verwaltungsaufwand reduzieren. Parallel dazu wird die interkommunale Zusammenarbeit intensiviert, insbesondere in Bereichen wie Bauhöfen, Standesämtern und Energieversorgung.

Die Landesregierung setzt auf eine konsequente Migrationspolitik mit klaren Regeln. Es wird eine burgenländische Obergrenze für die Grundversorgung von Asylwerbenden festgelegt, um eine Überlastung der Infrastruktur zu vermeiden. Gleichzeitig wird das Modell der gemeinnützigen Arbeit für Asylwerber ausgebaut, sodass sie in Gemeinden und sozialen Einrichtungen unterstützend tätig werden können.

Zur Bekämpfung von Schlepperkriminalität fordert das Land verstärkte Grenzkontrollen und den Assistenzeinsatz des Bundesheeres. In der Integrationsarbeit wird der Fokus auf Sprachkurse, Arbeitsmarktintegration und die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe gelegt. Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus werden verstärkt.

Die Feuerwehr-Infrastruktur wird modernisiert. Der vom Land gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband erarbeitete Fünf-Stufen-Plan soll umgesetzt werden. Dieser umfasst unter anderem die Anschaffung von Notstromaggregaten, mobilen Dieseltankstellen und den Aufbau eines autarken Einsatzbetriebs für Großschadenslagen. Zudem wird die Landesfeuerweherschule saniert und ökologisch erneuert.

Ein umfassendes Hochwasserschutzprogramm wird fortgeführt, das neben baulichen Maßnahmen auch Frühwarnsysteme und Hochwasserprognosen umfasst. Besonders gefährdete Regionen werden durch gezielte Investitionen besser abgesichert. Zudem wird eine burgenlandweite Starkregenkarte erstellt, um künftige Risiken besser einzuschätzen.



GEMEINDEN UND MODERNE VERWALTUNG

- Finanzkraftsicherung durch Bgld. Gemeindefonds
- Gezielte Infrastrukturförderungen in der Kinderbetreuung und Klimaschutz
- Weiterentwicklung der Digitalisierung und einheitlichen Serviceplattformen
- Steigerung interkommunaler Zusammenarbeit



INTEGRATION, MIGRATION & SICHERHEIT

- Konsequente Migrationspolitik mit burgenländischer Obergrenze
- Verpflichtende gemeinnützige Arbeit für Asylwerber und Sprachkurse
- Integration im Arbeitsmarkt, Extremismus-Prävention
- Bekämpfung Schlepperkriminalität und verstärkte Grenzkontrollen



FEUERWEHR UND KATASTROPHENSCHUTZ

- 5-Stufen-Plan zur Infrastruktur-Modernisierung
- Notstromaggregate, mobile Tankstellen, autarker Einsatzbetrieb
- Sanierung Feuerweherschule
- Fortführung Hochwasserschutzprogramm

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig wird die Finanzautonomie der Gemeinden durch strukturelle Reformen weiter gefestigt. Die interkommunale Zusammenarbeit wird weiter ausgebaut, um Synergien zu schaffen. Die Modernisierung der Gemeindeverwaltung durch Digitalisierung bleibt ein fortlaufendes Ziel.

Die Integrationspolitik bleibt auf eine gesteuerte Zuwanderung und eine effiziente Integration ausgerichtet. Maßnahmen zur besseren Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten sowie zur Prävention gesellschaftlicher Spannungen werden verstärkt.

Im Katastrophenschutz wird langfristig ein Landeskatastrophenschutzlager errichtet, um die Reaktionsfähigkeit in Krisenfällen weiter zu verbessern. Die Feuerwehr-Infrastruktur wird kontinuierlich erneuert, um den Herausforderungen des Klimawandels gerecht zu werden.



- **171 Gemeinden:** *Finanzielle Unterstützung durch Gemeindefonds und Anpassung der gesetzl. Rahmenbedingungen*
- **Burgenländische Obergrenze für Asylplätze:** *330 Grundversorgungsplätze*
- **Gemeinnützige Arbeit für Asylwerber** *seit 1. Juli 2025*
- **Fünf-Stufen-Plan für Feuerwehr** *Erweiterung der Katastrophenschutzrüstung*
- **Flächendeckende Hochwasserschutzmaßnahmen** *mit neuer Starkregenkarte*

Verwaltung und Finanzen

Status Quo

Die burgenländische Finanzpolitik basiert auf einer klaren Strategie der Stabilität und Budgetausgewogenheit. Die Landesregierung setzt auf nachhaltige Investitionen in unterschiedlichste Themenbereiche, während gleichzeitig die Einhaltung der Budgetobergrenzen gemäß dem Österreichischen Stabilitätspakt angestrebt werden soll. Die Landesholding Burgenland spielt eine wesentliche Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung, indem sie Ressourcen verantwortungsvoll einsetzt und die Wertschöpfung im Land hält. Sie ist mit über 7.300 Arbeitsplätzen und einer Bilanzsumme von 3,6 Mrd. Euro (Geschäftsjahr 2024) der größte Arbeitgeber im Burgenland.

Die Verwaltung des Landes verfolgt einen modernen und transparenten Ansatz, der die Bürgerbeteiligung stärkt. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Ausbau der Informationsfreiheit und der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Maßnahmen zum Konsumentenschutz wurden bereits verstärkt, um Verbraucherrechte besser durchzusetzen. Das Burgenland profitiert erheblich von der Europäischen Union, insbesondere durch Förderprogramme, wirtschaftliche Vernetzung und internationale Kooperationen. Das BIP pro Kopf konnte seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 von 70% auf rund 90% des EU-Durchschnitts gesteigert werden.

Vorhaben in den Bereichen Verwaltung und Finanzen in der Legislaturperiode

Das Land Burgenland strebt weiterhin eine ausgeglichene Budgetpolitik an. Ziel ist die Erreichung eines ausgewogenen Landesbudgets, vorbehaltlich der Entwicklung der Ertragsanteile und anderen Transfers des Bundes. Das Finanzmanagement wird durch aktives Budgetmonitoring und Controlling weiter optimiert. Eine klare Trennung zwischen marktorientierten und gemeinwohlorientierten Gesellschaften wird innerhalb der Landesholding bedacht, um wirtschaftliche Effizienz und soziale Verantwortung zu vereinen. Die Landesregierung plant eine weitere Stärkung der demokratischen Prozesse durch mehr Bürgerbeteiligung und eine Verbesserung der politischen Transparenz. Geplant ist ein Vorschlagswesen für Verwaltungsreformen, das Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Anreize gibt, Einsparungspotenziale zu identifizieren. Zudem wird eine verstärkte Kontrolle durch den Landesrechnungshof ermöglicht, indem Prüfungen von Gemeinden künftig in größerem Umfang erfolgen können. Der Konsumentenschutz wird durch zusätzliche Beratungsangebote ausgebaut.

Das Burgenland wird seine Präsenz in der EU weiter ausbauen und die Interessen des Landes aktiv vertreten. Geplant sind mindestens zwei Europa-Enqueten im Burgenländischen

Landtag, um die europäische Integration zu stärken. Die Nutzung von EU-Fördermitteln soll optimiert und das Verbindungsbüro in Brüssel gezielt zur wirtschaftlichen Vernetzung genutzt werden. Unternehmen sollen durch ein neues Internationalisierungscenter gezielt beim Export unterstützt werden.



FINANZIELLE NACHHALTIGKEIT & EFFIZIENZ

- Ausgewogenes Landesbudget
- Optimierung des Finanzmanagements durch Monitoring und Controlling
- Trennung von marktorientierten und gemeinwohlorientierten Gesellschaften innerhalb der Landesholding



DEMOKRATIE & BÜRGERBETEILIGUNG

- Mehr Bürgerbeteiligung durch Vorschlagswesen für Verwaltungsreformen
- Erweiterte Kontrollen durch den Landesrechnungshof
- Steigerung der politischen Transparenz
- Ausbau zusätzlicher Beratungsangebote im Konsumentenschutz



EUROPA & INTERNATIONALE VERNETZUNG

- Stärkung der europäischen Integration durch 2 Enqueten im Landtag
- Optimierung der EU-Fördermittel und Nutzung der Verbindungsbüros in Brüssel
- Unterstützung von Unternehmen durch das Internationalisierungscenter für Export

Mittel- bis langfristiger Ausblick bis 2030

Langfristig wird eine nachhaltige Finanzpolitik verfolgt, die ein stabiles Wirtschaftswachstum sichert. Die Landesholding Burgenland soll als wirtschaftlicher Motor weiter gestärkt werden, um innovative Projekte und die Beschäftigung im Land zu fördern. Die Verwaltung soll durch digitale Prozesse effizienter und bürgerfreundlicher gestaltet werden, während der Konsumentenschutz kontinuierlich an neue Herausforderungen angepasst wird.

Das Burgenland wird seine Position innerhalb Europas kontinuierlich ausbauen, indem es grenzüberschreitende Kooperationen vertieft und die europäische Integration aktiv mitgestaltet. Der Fokus liegt auf einer gestärkten Nachbarschaftspolitik, verstärkten internationalen Beziehungen und der Nutzung von EU-Förderungen für zukunftsweisende Projekte.



- **Ziel: Ausgewogenes Landesbudget**, vorbehaltlich der Ertragsentwicklung
- **Landesholding Burgenland**: 7.300 Arbeitsplätze, 3,6 Mrd. Bilanzsumme
- **Prüfungen durch den Landesrechnungshof**: Erhöhung der Prüffrequenz für Gemeinden

IV. MITTELFRISTIGER FINANZPLAN

Die anhaltende Rezession, die hohe Inflation und internationale Krisen stellen das Burgenland sowie alle anderen Gebietskörperschaften vor große Herausforderungen, bieten aber gleichzeitig die Chance, mit gezielten Investitionen sowie mit Reformen Impulse zu setzen, um Haushalte und Unternehmen zu unterstützen. Gleichzeitig soll trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sichergestellt werden, dass die Stabilität des Budgets des Landes gewahrt wird.

Der Abgang lt. Rechnungsabschluss 2024 (Saldo 5) betrug -178,6 Mio. Euro. Im Jahr 2024 wurde 2024 kein neues Darlehen aufgenommen, der Finanzbedarf wurde aus der vorhandenen Liquidität bedeckt. Ein bereits bestehendes Darlehen in Höhe von 35 Mio. Euro wurde bei der OeBFA refinanziert und war auch in dieser Form im Finanzplan vorgesehen. Darüber hinaus wurden zwei SWAPs planmäßig geschlossen. Der Abgang wurde somit aus der Liquidität des Landes, unter Einbeziehung der zusätzlichen Mittel aus dem Finanzausgleich 2024, abgedeckt. Für das laufende Jahr 2025 verändert sich der Saldo lt. Nachtragsvoranschlag (Saldo 5) auf -63 Mio. Euro und fällt im Vergleich zum Abgang 2024 geringer aus. Das positive Rating des Landes seitens der Ratingagentur Standard & Poor's bleibt aufrecht und bildet somit auch für diesen Finanzplan eine gute Ausgangsbasis für den Landesvoranschlag 2026 und die Folgejahre.

LVA 2026 und Folgejahre

Der Landesvoranschlag 2026 bildet die Grundlage für die nächsten Jahre und stellt sich gleichzeitig den eingangs erwähnten Herausforderungen. Um der bundesweit angespannten finanziellen Lage entgegenzuwirken folgt nun, nach einer Phase des Aufbaus, eine Phase der Stabilisierung. Es sollen weiterhin gezielt Investitionen für die burgenländische Bevölkerung getroffen werden, jedoch unter der Prämisse die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Dafür bildet das „Burgenländische Haushaltsstabilitätsgesetz“ die entsprechende Grundlage: Die Darlehensobergrenze wird mit 600 Mio. Euro eingefroren, bis der nächste Finanzausgleich im Jahr 2028 verhandelt und in weiterer Folge beschlossen wird. Im Weiteren wird durch eine Zukunftsdividende – bestehend aus dem Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen und weiterer Beteiligungen – Vermögen iHv. 750 Mio. Euro mobilisiert und in das Burgenland investiert.

Unter Berücksichtigung der eben genannten Aspekte stehen im LVA 2026 2,73 Mrd. Euro Einzahlungen, Auszahlungen iHv. 2,83 Mrd. Euro gegenüber. Das daraus entstehende Delta soll durch strikte Reduzierungen in den Folgejahren minimiert werden.

Das Burgenland verfolgt für den neu zu verhandelndem Finanzausgleich ab 2028 das klare politische Ziel, durch eine gerechtere Verteilung der Mittel eine deutliche Verbesserung der finanziellen Situation für Länder und Gemeinden zu erreichen. Vor diesem Hintergrund können zum jetzigen Zeitpunkt keine belastbaren Annahmen getroffen werden. Aus Gründen der budgetären Vorsicht und Transparenz wurde daher bewusst darauf verzichtet, für diesen Zeitraum „fiktive“ Werte für den Krankenanstaltenbereich einzustellen. Daraus folgt zwangsläufig, dass für die betreffenden Jahre 2029 und 2030 derzeit noch keine validen Aussagen zu den jeweiligen Salden getroffen werden können, ohne dem Verhandlungsergebnis vorzugreifen.

Entwicklung der Einzahlungen

Ein wesentlicher Anteil der Einzahlungen setzt sich einerseits aus den Ertragsanteilen und andererseits aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes 2024 zusammen. Dabei hängt die Entwicklung der Ertragsanteile von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs und steuerlichen Maßnahmen des Bundes ab. In der aktuellen Prognose zeigen sich die Steigerungsraten der Ertragsanteile wie folgt:

2026	2027	2028	2029	2030
+1,80%	+3,66%	+3,28%	+3,14%	+3,11%

Obwohl sich laut Oktober Prognose des WIFO die österreichische Wirtschaft, wenn auch nur langsam, wieder erholen wird, bleibt die Entwicklung der Ertragsanteile hinter der Ausgabendynamik in Kernbereichen wie Gesundheit, Pflege sowie Soziales zurück. Dies wird zusätzlich durch die einkommensseitigen steuerpolitischen Maßnahmen des Bundes erschwert, die dieser entgegen des FAG-Schlüssels, zu 100 % für sich einbehält.

Um in diesem herausfordernden Umfeld Handlungsspielräume zu sichern, wird im Weiteren durch die oben genannte Zukunftsdividende (siehe LVA 2026 und Folgejahre) direkt in das Burgenland investiert und die Einnahmen im Jahr 2026 dadurch erhöht.

Kredit- und Veranlagungsmanagement

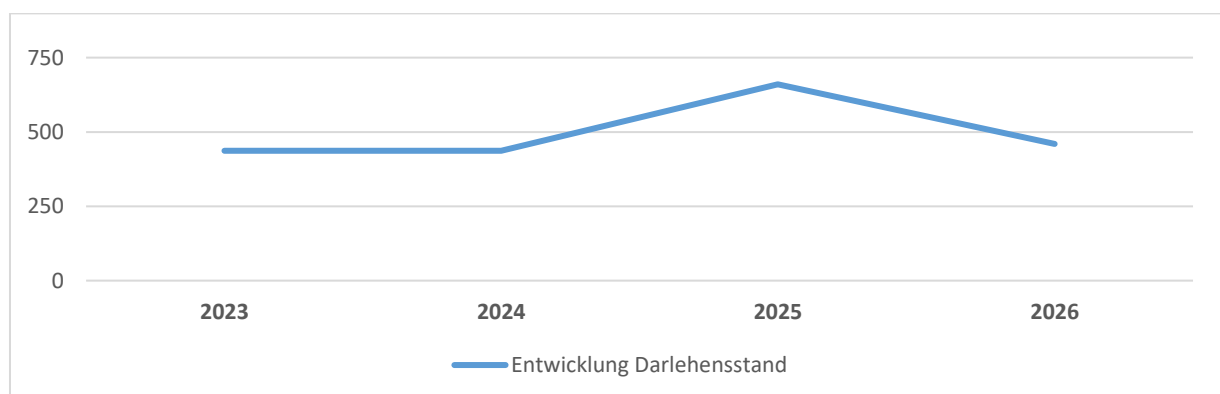
Angesichts der aktuell äußerst herausfordernden wirtschaftlichen Lage für Gesamtösterreich – geprägt von stagnierenden Wirtschaftsdaten, deutlich spürbaren Auswirkungen auf die Ertragsanteile der Länder sowie den anhaltend hohen Belastungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Pflege – hat das Burgenland im Jahr 2025 bewusst eine langfristige

Darlehensaufnahme in Höhe von 172 Mio. Euro vorgenommen. Mit diesem Schritt wurde sichergestellt, dass die dringend benötigten finanziellen Mittel für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der öffentlichen Leistungen zur Verfügung stehen, obwohl dem massiv gestiegenen Finanzbedarf der Länder im Finanzausgleich 2024 nur unzureichend Rechnung getragen worden war.

Erfreulicherweise konnte im selben Zeitraum eine weitere wichtige finanzpolitische Entlastung erreicht werden: Die letzten drei noch bestehenden Swap-Verträge wurden vorzeitig und vollständig getilgt. Dadurch entfallen zukünftig Zins- und Risikoaufwendungen in Millionenhöhe, was eine nachhaltige Verbesserung der Zinsbelastung und eine größere finanzielle Planungssicherheit ermöglicht.

Um auch im Jahr 2026 den vielfältigen Herausforderungen im Burgenland weiterhin begegnen und gleichzeitig gezielt in zukunftsweisende Projekte investieren zu können, sind Darlehensneuaufnahmen in Höhe von 176 Mio. Euro vorgesehen. Diese Darlehen sind jedoch lediglich als kurzfristige Überbrückungsfinanzierung geplant: Sie werden unmittelbar nach dem erfolgreichen Verkauf ausgewählter Forderungen aus dem Bestand der Wohnbauförderdarlehen wieder vollständig zurückgezahlt.

Durch diesen strategischen Verkauf von Forderungen wird ein doppelter positiver Effekt erzielt: Einerseits fließen frische Liquidität und zusätzliche finanzielle Spielräume zu, die eine stabile und zielgerichtete Weiterentwicklung der Leistungen in den Kernbereichen Gesundheit, Soziales und Pflege gewährleisten. Andererseits wird die einmalige Gelegenheit genutzt, Altschulden sowie teure Finanzierungsinstrumente zu tilgen und somit den Schuldenstand des Landes zu senken.



Gender Budgeting

Die Anerkennung der Gleichbehandlung der Geschlechter und des Rechts auf gleiche Teilnahme in allen Bereichen des Lebens ist ein grundlegendes Menschenrecht. Eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von Demokratie ist, dass alle Mitglieder der Gesellschaft unabhängig von ihrem Geschlecht die gleiche Chance zur Teilhabe und Teilnahme an allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens haben. Erst die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise Privatleben ermöglichen. Die volle Gleichberechtigung der Geschlechter implementiert, dass auch die Ressourcen des Staates gerecht verteilt werden. Hier setzt Gender Budgeting an.

Gender Budgeting bezeichnet eine geschlechterbasierte Bewertung von Haushalten, bei der die Geschlechterperspektive auf allen Ebenen des Haushaltsverfahrens einbezogen wird. Dabei werden Einnahmen und Ausgaben so umstrukturiert, dass sie die Gleichstellung der Geschlechter fördern.⁸

Die Ungleichstellung und unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern sind auf allen Budgetebenen zu bedenken und die Einnahmen und Ausgaben so auszurichten, dass die Gleichheit der Geschlechter gefördert wird. Diese Verpflichtung ergibt sich aus Artikel 13 Abs. 3 B-VG, der die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Haushaltswesen als Staatszielbestimmung enthält.

Im Zuge der Modernisierung des Haushaltswesens wird Gender Budgeting daher als Querschnittsmaterie mitberücksichtigt.

Finanzierung der Pflege und des Gesundheitswesens

Mit der Gewährung der Zweckzuschüsse aus dem Pflegefonds unterstützt der Bund die Länder und Gemeinden im Bereich der Langzeitpflege bei der Sicherung und Verbesserung der bedarfsgerechten Versorgung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen mit bedürfnisorientierten und leistbaren Betreuungs- und Pflegedienstleistungen. Ziel ist insbesondere, eine österreichweite Harmonisierung im Bereich der Dienstleistungen der Langzeitpflege zu erreichen sowie bei der Sicherung beziehungsweise beim bedarfsgerechten Aus- und Aufbau ihres Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebotes. Die Mittel des Pflegefonds werden durch einen Vorwegabzug vor der Verteilung der gemeinschaftlichen

⁸ Council of Europe (2009): Gender budgeting. Practical implementation. URL: <https://rm.coe.int/1680599885>, abgerufen am 25.11.2025.

Bundesabgaben aufgebracht. Zwei Drittel werden hier durch den Bund und rd. ein Drittel von den Ländern und Gemeinden finanziert. Im Zuge der Neugestaltung des Finanzausgleichs ab dem Jahr 2024 wurden die befristeten Zweckzuschüsse des Bundes im Rahmen des Entgelterhöhungs- Zweckzuschussgesetz (EEZG) sowie im Pflegeausbildungs- Zweckzuschussgesetz (PAusbZG) und dem Sonderprojekt Community Nurses in den Pflegefonds integriert.

Das Gesamtvolumen des Pflegefonds wurde damit auf 1,1 Mrd. Euro (Gesamtösterreich) aufgestockt. Dieser Betrag deckt die Mehrkosten, die im Bereich der Pflege jährlich entstehen, allerdings nicht ab, sodass sich hier Land und Gemeinden mit steigendem Zuschussbedarf konfrontiert sehen. Der Kostenersatz für den Entfall des Pflegeregresses wurde im Finanzausgleich in der geltenden Form beibehalten, was aus Sicht der Länder einen Kompromiss im Rahmen der Gesamteinigung darstellt.

Die Förderung der 24-Stunden-Betreuung weist weiterhin Zuwachsraten auf. Damit wird den pflegebedürftigen Menschen ermöglicht, in ihrer gewohnten Umgebung zu verbleiben. Zur gemeinsamen Förderung der 24-Stunden-Betreuung wurde zwischen Bund und Ländern eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG abgeschlossen, wonach die Länder 40% der in ihrem Gebiet anfallenden Förderkosten zu tragen haben. Die rechtliche Basis dafür findet sich auch im Burgenländischen Sozialhilfegesetz 2000. Als Begleitmaßnahme zur Abschaffung des Pflegeregresses, um Heimunterbringungen zu verhindern und um diese Betreuungsform auch Personen mit geringerem Einkommen zugänglich zu machen, wurde eine zusätzliche Landesförderung eingeführt. Auch im Bereich der Finanzierung der Krankenanstalten und des Gesundheitswesens ist es im Rahmen des Finanzausgleichs 2024 zu einer Neuregelung einzelner Finanzierungsparameter gekommen. Aus budgetärer Sicht sind dabei insbesondere die zusätzlichen Mittel zur Finanzierung der Krankenanstalten (insgesamt 550 Mio. Euro, Burgenland-Anteil rd. 13,5 Mio. Euro) zu nennen, die helfen, den Abgang in den Krankenanstalten zu reduzieren und für den Leistungsausbau zur Verfügung stehen. Ebenfalls wichtig sind zusätzliche Bundesmittel für den niedergelassenen Bereich (insgesamt 300 Mio. Euro, Burgenland-Anteil rd. 10 Mio. Euro), wobei dieser Betrag nicht an die Länder ausbezahlt wird. Es muss allerdings festgehalten werden, dass diese zusätzlichen Mittel der Kostendynamik des Gesundheitssektors nicht gerecht werden. Weitere Zuschüsse (mit Drittelfinanzierung) sind für die Digitalisierung im Gesundheitswesen, für die Gesundheitsförderung, für Impfkosten und die steigenden Medikamentenkosten geplant.

V. QUELLENVERZEICHNIS

- AMS (2025). Arbeitsmarktdaten. Abgerufen am 22.10.2025:
<https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/arbeitsmarktdaten#burgenland>
- AMS (2025). Der Burgenländische Arbeitsmarkt. Abgerufen am 22.10.2025:
<https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/der-burgenlaendische-arbeitsmarkt#burgenland>
- Bank Austria (2025). Bundesländer Überblick. Abgerufen am 22.10.2025:
https://www.bankaustria.at/files/bundeslaender_ueberblick_062025.pdf
- Council of Europe (2009): Gender budgeting. Practical implementation. Abgerufen am 25.11.2025: <https://rm.coe.int/1680599885>.
- Institut für höhere Studien (2025). Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025-2026. Abgerufen am 22.10.2025: IHS – Kurzfassung der Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026 – Oktober 2025
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO (2025). Prognose für 2025 und 2026. Abgerufen am 22.10.2025: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62935266>
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO (2025). Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024. Abgerufen am 22.10.2025: Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO (2025). Die Wirtschaft in den Bundesländern 01/2025. Abgerufen am 22.10.2025: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-4023/sr_2025_01.pdf
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO (2024). Österreichischer Stabilitätspakt 2012 und föderative Lastenverschiebung, eine Projektion für die Jahre 2024 bis 2028. Abgerufen am 22.10.2025: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50190036>
- Statistik Austria (2025). Regionale Unterschiede bei nur langsamer Konjunkturstabilisierung. Abgerufen am 22.10.2025: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-4023/sr_2025_01.pdf

VI. ANHANG

Für die Darstellung der Beilagen ist wichtig zu erwähnen, dass seit dem Jahr 2020 die VRV 2015 anzuwenden ist. Die gesamten Daten für den Anhang betreffend basierend auf dem Finanzierungsvorschlag, da dieser der maßgebende Haushalt ist, auf dem die Budgetprüfung stattfindet.

Beilage 1: Finanzplan 2026-2030, Gesamtübersicht

Beilage 2: Gesamtübersicht

Beilage 3: Gliederung nach Gruppen

Beilage 4: Gliederung nach Gebarungsgruppen

Beilage 5: Haupteinzahlungsquellen und Hauptauszahlungsquellen

Beilage 6: Schuldenstand und Schuldendienst, Finanzierungshaushalt

Beilage 7: Voranschlagsquerschnitt 2026-2030

Beilage 8: Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung – Land Burgenland (lt. Anhang 2.1b zum ÖStP 2012)

Finanzplan 2026 - 2030 Gesamtübersicht

Beilage 1

Finanzierungshaushalt	LVA 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029 *	FP 2030 *
Einzahlungen, operative Gebarung	1.750.618.700 EUR	1.747.991.000 EUR	1.784.470.200 EUR	1.818.253.100 EUR	1.852.054.900 EUR
Einzahlungen, investive Gebarung	765.027.400 EUR	33.281.900 EUR	33.281.900 EUR	33.281.900 EUR	33.281.900 EUR
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	213.600.400 EUR	40.000.500 EUR	264.000.500 EUR	600 EUR	600 EUR
Summe Einzahlungen	2.729.246.500 EUR	1.821.273.400 EUR	2.081.752.600 EUR	1.851.535.600 EUR	1.885.337.400 EUR
Auszahlungen, operative Gebarung	-1.647.700.200 EUR	-1.616.852.900 EUR	-1.613.962.000 EUR	-1.616.351.600 EUR	-1.616.474.000 EUR
Auszahlungen, investive Gebarung	-720.421.700 EUR	-204.420.000 EUR	-427.846.300 EUR	-163.313.600 EUR	-162.753.000 EUR
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-460.271.100 EUR	-46.671.300 EUR	-46.671.300 EUR	-46.671.300 EUR	-46.671.300 EUR
Summe Auszahlungen	-2.828.393.000 EUR	-1.867.944.200 EUR	-2.088.479.600 EUR	-1.826.336.500 EUR	-1.825.898.300 EUR
Einzahlungen, operative Gebarung	1.750.618.700 EUR	1.747.991.000 EUR	1.784.470.200 EUR	1.818.253.100 EUR	1.852.054.900 EUR
Auszahlungen, operative Gebarung	-1.647.700.200 EUR	-1.616.852.900 EUR	-1.613.962.000 EUR	-1.616.351.600 EUR	-1.616.474.000 EUR
Geldfluss, operative Gebarung	102.918.500 EUR	131.138.100 EUR	170.508.200 EUR	201.901.500 EUR	235.580.900 EUR
Einzahlungen, investive Gebarung	765.027.400 EUR	33.281.900 EUR	33.281.900 EUR	33.281.900 EUR	33.281.900 EUR
Auszahlungen, investive Gebarung	-720.421.700 EUR	-204.420.000 EUR	-427.846.300 EUR	-163.313.600 EUR	-162.753.000 EUR
Geldfluss, investive Gebarung	44.605.700 EUR	-171.138.100 EUR	-394.564.400 EUR	-130.031.700 EUR	-129.471.100 EUR
Nettofinanzierungssaldo	147.524.200 EUR	-40.000.000 EUR	-224.056.200 EUR	71.869.800 EUR	106.109.800 EUR
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	213.600.400 EUR	40.000.500 EUR	264.000.500 EUR	600 EUR	600 EUR
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-460.271.100 EUR	-46.671.300 EUR	-46.671.300 EUR	-46.671.300 EUR	-46.671.300 EUR
Geldfluss, Finanzierungstätigkeit	-246.670.700 EUR	-6.670.800 EUR	217.329.200 EUR	-46.670.700 EUR	-46.670.700 EUR
Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung	-99.146.500 EUR	-46.670.800 EUR	-6.727.000 EUR	25.199.100 EUR	59.439.100 EUR

*aufgrund noch ausstehender, erst beginnender Verhandlungen zum Finanzausgleich im Jahr 2028, liegen keine belastbaren Budgetwerte vor

Gesamtübersicht Finanzplan 2026 - 2030

Beilage 2

	LVA 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029*	FP 2030*
Finanzplan Gesamt	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Auszahlungen	2.828.393.000	1.867.944.200	2.088.479.600	1.826.336.500	1.825.898.300
Einzahlungen	2.729.246.500	1.821.273.400	2.081.752.600	1.851.535.600	1.885.337.400
Abgang/Überschuss	-99.146.500	-46.670.800	-6.727.000	25.199.100	59.439.100

*aufgrund noch ausstehender, erst beginnender Verhandlungen zum Finanzausgleich im Jahr 2028, liegen keine belastbaren Budgetwerte vor

Gliederung nach Gruppen
Finanzplan 2026 - 2030

Beilage 3

	LVA 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029*	FP 2030*
Gliederung nach Gruppe	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Auszahlungen					
Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	361.922.000	364.075.800	357.673.000	355.986.200	351.886.400
Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit	8.987.800	8.811.800	8.643.500	8.484.700	8.333.800
Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	424.208.600	423.691.100	427.510.600	431.493.800	435.395.300
Gruppe 3 - Kunst, Kultur und Kultus	20.300.200	17.842.600	17.182.900	16.694.900	16.231.500
Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	525.098.000	515.778.100	515.183.000	515.093.300	515.007.600
Gruppe 5 - Gesundheit	619.492.500	252.579.000	475.857.400	211.171.900	210.521.500
Gruppe 6 - Straßen und Wasserbau, Verkehr	74.681.200	64.621.600	64.538.500	64.458.100	64.366.600
Gruppe 7 - Wirtschaftsförderungen	69.155.000	58.114.000	57.780.000	57.517.800	57.258.000
Gruppe 8 - Dienstleistungen	4.084.100	3.820.400	3.702.100	3.569.100	3.445.400
Gruppe 9 - Finanzwirtschaft	720.463.600	158.609.800	160.408.600	161.866.700	163.452.200
Summe Auszahlungen	2.828.393.000	1.867.944.200	2.088.479.600	1.826.336.500	1.825.898.300
Einzahlungen					
Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	-23.519.500	-23.517.500	-23.515.600	-23.513.800	-23.512.100
Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit	-100	-100	-100	-100	-100
Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	-364.273.000	-368.328.500	-372.482.200	-376.565.200	-380.768.700
Gruppe 3 - Kunst, Kultur und Kultus	-3.083.800	-2.930.300	-2.784.300	-2.645.700	-2.514.100
Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	-1.046.118.200	-298.647.800	-298.330.300	-298.520.400	-298.718.500
Gruppe 5 - Gesundheit	-31.850.600	-31.849.300	-31.848.100	-31.847.000	-31.845.900
Gruppe 6 - Straßen und Wasserbau, Verkehr	-547.700	-20.447.700	-20.447.700	-20.447.700	-20.447.700
Gruppe 7 - Wirtschaftsförderungen	-1.517.400	-1.513.900	-1.510.600	-1.507.400	-1.504.400
Gruppe 8 - Dienstleistungen	-2.203.400	-2.203.400	-2.203.400	-2.203.400	-2.203.400
Gruppe 9 - Finanzwirtschaft	-1.256.132.800	-1.071.834.900	-1.328.630.300	-1.094.284.900	-1.123.822.500
Summe Einzahlungen	-2.729.246.500	-1.821.273.400	-2.081.752.600	-1.851.535.600	-1.885.337.400
Abgang/Überschuss	-99.146.500	-46.670.800	-6.727.000	25.199.100	59.439.100

*aufgrund noch ausstehender, erst beginnender Verhandlungen zum Finanzausgleich im Jahr 2028, liegen keine belastbaren Budgetwerte vor

Gliederung nach Gebarungsgruppen
Finanzplan 2026 - 2030

Beilage 4

	LVA 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029*	FP 2030*
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Gliederung nach Gebarungsgruppen					
Aufwendung/Auszahlungen					
Gebgr.: 0 Leistungen für Personal	391.295.500	395.573.700	395.028.500	399.533.000	403.909.800
Gebgr.: 1 Amtssachaufwand	38.832.500	35.400.400	32.612.100	30.111.300	27.857.100
Gebgr.: 2 Pflichtausgaben für Anlageninvestitionen					
Gebgr.: 3 Ermessensausgaben für Anlageninvestitionen	53.953.500	53.707.000	53.525.900	53.362.800	53.214.000
Förderungen					
Gebgr.: 4 Förderungen d. operativ. Gebarung, Pflichtausgaben	613.316.700	610.966.800	611.825.700	612.685.800	613.792.500
Gebgr.: 5 Förderungen d. operativ. Gebarung, Ermessensausg.	424.912.900	279.218.100	281.506.700	283.391.400	282.475.000
Gebgr.: 6 Förderungen d. investiv. Gebarung, Pflichtausgaben	442.918.800	76.440.300	300.393.500	36.347.600	36.289.000
Gebgr.: 7 Förderungen d. investiv. Gebarung, Ermessensausg.	96.331.100	77.400.800	77.247.700	77.098.800	76.927.800
Sonstige					
Gebgr.: 8 Pflichtausgaben	223.124.100	222.639.000	222.199.500	221.800.300	221.436.600
Gebgr.: 9 Ermessensausgaben	543.707.900	116.598.100	114.140.000	112.005.500	109.996.500
Summe Aufwendungen/Auszahlungen	2.828.393.000	1.867.944.200	2.088.479.600	1.826.336.500	1.825.898.300
Erträge/Einzahlungen mit Zweckwidmung					
Gebgr.: 0 Erträge/Einzahl. mit Auszahlungsverpfl. oper. Geb.	-440.963.700	-436.131.200	-442.480.900	-448.578.100	-454.982.300
Gebgr.: 1 Sonst. zweckgeb. Erträge/Einzahlungen oper. Geb.	-88.091.400	-85.065.900	-86.617.300	-86.929.900	-87.255.400
Sonstige					
Gebgr.: 2 Erträge/Einzahl. mit Auszahlungsverpfl. Verm.geb.	-85.501.200	-3.755.600	-3.755.600	-3.755.600	-3.755.600
Gebgr.: 3 Sonst. zweckgeb. Erträge/Einzahlungen Verm.geb.					
Gebgr.: 4 Erträge/Einz. m. Ggverrechnung im eig. Voranschlag	-8.700.000	-8.910.000	-9.100.000	-9.100.000	-9.100.000
Gebgr.: 5 Allgemeine Deckungsmittel oper. Geb.	-1.242.379.100	-1.247.399.400	-1.275.787.500	-1.303.160.600	-1.330.232.700
Gebgr.: 6 Einzahlungen zum Haushaltsausgleich oper. Geb.					
Gebgr.: 8 Allgemeine Deckungsmittel Verm.geb.	-863.611.000	-40.011.200	-264.011.200	-11.300	-11.300
Gebgr.: 9 Einzahlungen zum Haushaltsausgleich Verm.geb.	-100	-100	-100	-100	-100
Summe Erträge/Einzahlungen mit Zweckwidmung	-2.729.246.500	-1.821.273.400	-2.081.752.600	-1.851.535.600	-1.885.337.400
Abgang/Überschuss	-99.146.500	-46.670.800	-6.727.000	25.199.100	59.439.100

*aufgrund noch ausstehender, erst beginnender Verhandlungen zum Finanzausgleich im Jahr 2028, liegen keine belastbaren Budgetwerte vor

Haupteinzahlungsquellen und Hauptauszahlungsquellen

Beilage 5

	LVA 2026	FPL 2027	FPL 2028	FPL 2029*	FPL 2030*
Einzahlungen					
Ertragsanteile	728.760.000 EUR	755.430.000 EUR	780.240.000 EUR	804.730.000 EUR	829.740.000 EUR
eigene Abgaben	98.634.600 EUR	102.346.200 EUR	106.217.800 EUR	109.988.500 EUR	112.921.600 EUR
Einzahlungen aus Leistungen (insb. Soziales)	93.738.800 EUR	113.628.400 EUR	113.618.400 EUR	113.608.800 EUR	113.599.900 EUR
Einzahlungen aus Veräußerung GWG und so.	28.263.500 EUR	28.220.400 EUR	28.178.800 EUR	28.139.400 EUR	28.102.500 EUR
Transferzahlungen von Trägern öff. Rechts (insb. Lehrer, Soziales)	700.156.900 EUR	703.209.400 EUR	711.066.500 EUR	716.645.500 EUR	722.557.200 EUR

Auszahlungen					
Personalaufwand	-391.295.600 EUR	-395.573.800 EUR	-395.028.600 EUR	-399.533.100 EUR	-403.909.900 EUR
Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	-129.263.200 EUR	-116.111.500 EUR	-110.817.600 EUR	-106.138.300 EUR	-101.833.500 EUR
Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts (insb. BURGEF, Sozialhilfe, Bedarfswweisungen)	-303.337.600 EUR	300.954.400 EUR	302.652.700 EUR	-303.843.400 EUR	-305.270.000 EUR
Transferzahlungen an Beteiligungen (insb. Gesellschafterzuschüsse)	-126.950.000 EUR	131.555.800 EUR	-133.749.500 EUR	135.624.800 EUR	-135.549.700 EUR
Transferzahlungen an Unternehmen (inkl. Finanzunternehmen) (insb. VOR, Tagsätze, Nationalpark, Hagelversicherung)	-214.780.100 EUR	-203.958.100 EUR	-204.398.400 EUR	-205.196.000 EUR	-205.123.000 EUR
Transferzahl. a. Haushalte & Organisat. o. Erwerbscharakter (insb. Ruhebezüge, Musikschulen, Kultur, Soziales)	-445.308.500 EUR	-435.777.400 EUR	-434.393.600 EUR	-433.094.500 EUR	-431.866.500 EUR

*aufgrund noch ausstehender, erst beginnender Verhandlungen zum Finanzausgleich im Jahr 2028, liegen keine belastbaren Budgetwerte vor

Schuldenstand und Schuldendienst Finanzierungshaushalt

Beilage 6

Zusammenfassung 2026						
Bezeichnung	Darlehensstand per 01.01.2026	Zugang	Tilgung	Zinsen	Gesamtannuität	Darlehensrest per 31.12.2026
Landesdarlehen OeBFA	660.150.000 EUR	213.600.000 EUR	413.600.000 EUR	18.500.000 EUR	432.100.000 EUR	460.150.000 EUR
Summe Darlehen	660.150.000 EUR	213.600.000 EUR	413.600.000 EUR	18.500.000 EUR	432.100.000 EUR	460.150.000 EUR
Zusammenfassung 2027						
Bezeichnung	Darlehensstand per 01.01.2027	Zugang	Tilgung	Zinsen	Gesamtannuität	Darlehensrest per 31.12.2027
Landesdarlehen OeBFA	460.150.000 EUR	102.500.000 EUR	62.500.000 EUR	12.900.000 EUR	75.400.000 EUR	500.150.000 EUR
Summe Darlehen	460.150.000 EUR	102.500.000 EUR	62.500.000 EUR	12.900.000 EUR	75.400.000 EUR	500.150.000 EUR
Zusammenfassung 2028						
Bezeichnung	Darlehensstand per 01.01.2028	Zugang	Tilgung	Zinsen	Gesamtannuität	Darlehensrest per 31.12.2028
Landesdarlehen OeBFA	500.150.000 EUR	285.000.000 EUR	61.000.000 EUR	14.000.000 EUR	75.000.000 EUR	724.150.000 EUR
Summe Darlehen	500.150.000 EUR	285.000.000 EUR	61.000.000 EUR	14.000.000 EUR	75.000.000 EUR	724.150.000 EUR
Zusammenfassung 2029						
Bezeichnung	Darlehensstand per 01.01.2029	Zugang	Tilgung	Zinsen	Gesamtannuität	Darlehensrest per 31.12.2029
Landesdarlehen OeBFA	724.150.000 EUR	55.900.000 EUR	55.900.000 EUR	20.300.000 EUR	76.200.000 EUR	724.150.000 EUR
Summe Darlehen	724.150.000 EUR	55.900.000 EUR	55.900.000 EUR	20.300.000 EUR	76.200.000 EUR	724.150.000 EUR
Zusammenfassung 2030						
Bezeichnung	Darlehensstand per 01.01.2030	Zugang	Tilgung	Zinsen	Gesamtannuität	Darlehensrest per 31.12.2030
Landesdarlehen OeBFA	724.150.000 EUR	61.700.000 EUR	61.700.000 EUR	20.300.000 EUR	82.000.000 EUR	724.150.000 EUR
Summe Darlehen	724.150.000 EUR	61.700.000 EUR	61.700.000 EUR	20.300.000 EUR	82.000.000 EUR	724.150.000 EUR

Anmerkung: In den Schuldenstand wurden die beabsichtigten Darlehensaufnahmen aufgenommen (ohne veranschlagte Abgänge).
Ob Darlehen tatsächlich aufgenommen werden, wird entsprechend dem Bedarf an liquiden Mitteln im Zuge des Budgetvollzuges entschieden.

Voranschlagsquerschnitt 2026 - 2030

Beilage 7

	Gesamthaushalt LVA 2025	Gesamthaushalt ohne Quasi-KG LVA 2025	Gesamthaushalt Quasi-KG LVA 2025	Gesamthaushalt LVA 2026	Gesamthaushalt ohne Quasi-KG LVA 2026	Gesamthaushalt Quasi-KG LVA 2026	Gesamthaushalt FP 2027	Gesamthaushalt ohne Quasi-KG FP 2027	Gesamthaushalt Quasi-KG FP 2027
Voranschlagsquerschnitt Planung neu	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
[-] Mittelaufbringung (Erträge/Einz. u. erhaltene Kap.-Transfers)									
Erträge aus Leistungen und Miet- und Pächtertrag	74.420.100	73.849.400	570.700	93.823.200	93.229.100	594.100	113.712.700	113.118.600	594.100
Erträge aus Veräußerungen und sonst. Erträge	34.117.300	32.939.900	1.177.400	28.264.000	27.515.700	748.300	28.220.900	27.472.600	748.300
Nicht-finanzierungswirksame operative Erträge									
Erhaltene Transfers (ohne Kapitaltransfers)	725.003.800	724.796.200	207.600	724.936.800	724.727.300	209.500	727.981.000	727.771.500	209.500
Einnahmen aus dem Besitz von Finanzvermögen	50.409.300	50.409.300		77.771.200	77.771.200		21.871.300	21.871.300	
Eigene Abgaben	94.307.700	94.307.700		98.634.600	98.634.600		102.346.200	102.346.200	
Ertragsanteile	724.650.000	724.650.000		728.760.000	728.760.000		755.430.000	755.430.000	
Erhaltene Kapitaltransfers									
Summe 1 (Mittelaufbringung)	1.702.908.200	1.700.952.500	1.955.700	1.752.189.800	1.750.637.900	1.551.900	1.749.562.100	1.748.010.200	1.551.900
[-] Mittelverwendung (Aufwendungen)									
Ge- und Verbrauchsgüter, Handelswaren, Verw. u. Betriebsaufw.	20.112.900	18.347.400	1.765.500	15.792.500	14.462.000	1.330.500	14.037.000	12.823.900	1.213.100
Leasing- und Mietaufwand, Instandhalt. u. sonst. Sachaufwand	115.845.900	114.609.800	1.236.100	113.470.700	112.057.300	1.413.400	102.074.400	100.757.400	1.317.000
Verluste a. Abgang v. AV u. Rückstell. f. ausst. Rechnungen									
(Kap.-)Transfers an Träger ö. Rechts, Beteil. u. Unternehmen	805.749.500	805.749.500		985.172.700	985.172.700		995.890.200	995.890.200	
Transfer an priv. Haush., priv. Org. o. Erwerbsszw. u. Ausland	420.996.200	420.996.200		447.677.900	447.677.900		437.933.600	437.933.600	
Personal- und Sozialaufwand u. Dotierung v. Pensionsrückst.	399.579.000	399.554.000	25.000	391.295.600	391.295.600		395.573.800	395.573.800	
Zinsaufwand, Dividenden	18.356.200	18.355.200	1.000	29.265.100	29.264.100	1.000	25.421.800	25.420.900	900
Summe 2 (Mittelverwendung)	1.780.639.700	1.777.612.100	3.027.600	1.982.674.500	1.979.929.600	2.744.900	1.970.930.800	1.968.399.800	2.531.000
[-] Vermögensbildung (Sachanlagevermögen), inkl. Vorräte									
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen (Zugang)	19.278.400	16.773.400	2.505.000	53.553.500	52.934.300	619.200	53.347.000	52.777.600	569.400
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen (Abgang)	-100	-100							
Vorräte (Saldo)									
Summe 3 (Vermögensbildung)	19.278.300	16.773.300	2.505.000	53.553.500	52.934.300	619.200	53.347.000	52.777.600	569.400
Saldo = Summe 1 - Summe 2 - Summe 3	-97.009.800	-93.432.900	-3.576.900	-284.038.200	-282.226.000	-1.812.200	-274.715.700	-273.167.200	-1.548.500

Voranschlagsquerschnitt 2026 - 2030

Voranschlagsquerschnitt Planung neu	Gesamthaushalt FP 2028 EUR	Gesamthaushalt ohne Quasi-KG FP 2028 EUR	Gesamthaushalt Quasi-KG FP 2028 EUR	Gesamthaushalt FP 2029* EUR	Gesamthaushalt ohne Quasi-KG FP 2029 EUR	Gesamthaushalt Quasi-KG FP 2029 EUR	Gesamthaushalt FP 2030* EUR	Gesamthaushalt ohne Quasi-KG FP 2030 EUR	Gesamthaushalt Quasi-KG FP 2030 EUR
[-] Mittelaufbringung (Erträge/Einz. u. erhaltene Kap.-Transfers)									
Erträge aus Leistungen und Miet- und Pächtertrag	113.702.600	113.108.500	594.100	113.692.800	113.098.700	594.100	113.683.800	113.089.700	594.100
Erträge aus Veräußerungen und sonst. Erträge	28.179.300	27.431.000	748.300	28.139.900	27.391.600	748.300	28.103.000	27.354.700	748.300
Nicht-finanzierungswirksame operative Erträge									
Erhaltene Transfers (ohne Kapitaltransfers)	735.830.200	735.620.700	209.500	741.401.600	741.192.100	209.500	747.306.200	747.096.700	209.500
Einnahmen aus dem Besitz von Finanzvermögen	21.871.300	21.871.300		21.871.300	21.871.300		21.871.300	21.871.300	
Eigene Abgaben	106.217.800	106.217.800		109.988.500	109.988.500		112.921.600	112.921.600	
Ertragsanteile	780.240.000	780.240.000		804.730.000	804.730.000		829.740.000	829.740.000	
Erhaltene Kapitaltransfers									
Summe 1 (Mittelaufbringung)	1.786.041.200	1.784.489.300	1.551.900	1.819.824.100	1.818.272.200	1.551.900	1.853.625.900	1.852.074.000	1.551.900
[-] Mittelverwendung (Aufwendungen)									
Ge- und Verbrauchsgüter, Handelswaren, Verw. u. Betriebsaufw.	12.919.500	11.767.400	1.152.100	11.924.200	10.827.500	1.096.700	11.023.900	9.977.100	1.046.800
Leasing- und Mietaufwand, Instandhalt. u. sonst. Sachaufwand	97.898.000	96.609.700	1.288.300	94.214.000	92.976.300	1.237.700	90.809.500	89.620.000	1.189.500
Verluste a. Abgang v. AV u. Rückstell. f. ausst. Rechnungen									
(Kap.-)Transfers an Träger ö. Rechts, Beteil. u. Unternehmen	999.843.000	999.843.000		739.349.400	739.349.400		740.228.000	740.228.000	
Transfer an priv. Haush., priv. Org. o. Erwerbszw. u. Ausland	436.537.200	436.537.200		435.226.100	435.226.100		433.986.700	433.986.700	
Personal- und Sozialaufwand u. Dotierung v. Pensionsrückst.	395.028.600	395.028.600		399.533.100	399.533.100		403.909.900	403.909.900	
Zinsaufwand, Dividenden	25.421.500	25.420.700	800	25.421.400	25.420.700	700	25.421.300	25.420.600	700
Summe 2 (Mittelverwendung)	1.967.647.800	1.965.206.600	2.441.200	1.705.668.200	1.703.333.100	2.335.100	1.705.379.300	1.703.142.300	2.237.000
[-] Vermögensbildung (Sachanlagevermögen), inkl. Vorräte									
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen (Zugang)	53.201.900	52.661.000	540.900	53.071.200	52.557.200	514.000	52.951.600	52.463.200	488.400
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen (Abgang)									
Vorräte (Saldo)									
Summe 3 (Vermögensbildung)	53.201.900	52.661.000	540.900	53.071.200	52.557.200	514.000	52.951.600	52.463.200	488.400
Saldo = Summe 1 - Summe 2 - Summe 3	-234.808.500	-233.378.300	-1.430.200	61.084.700	62.381.900	-1.297.200	95.295.000	96.468.500	-1.173.500

*aufgrund noch ausstehender, erst beginnender Verhandlungen zum Finanzausgleich im Jahr 2028, liegen keine belastbaren Budgetwerte vor

Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung - Land Burgenland (lt. Anhang 2.1b zum ÖStP 2012)
Finanzplan 2026 - 2030

Maastricht-Saldo (inkl. außerbudgetärer Einheiten)	RA 2024	LVA 2025	LVA 2026	FPL 2027	FPL 2028	FPL 2029*	FPL 2030*
absolut in Mio. EUR.....	-291,00	-236,87	-423,90	-414,58	-374,67	-78,78	-44,56
in % BIP.....	-0,060%	-0,048%	-0,083%	-0,079%	-0,069%	-0,014%	-0,008%
Einmalmaßnahmen (in Mio. EUR) im Sinne der EK, Code of Conduct	RA 2024	LVA 2025	LVA 2026	FPL 2027	FPL 2028	FPL 2029	FPL 2030
für Einnahmen.....	0	0	0	0	0	0	0
für Ausgaben.....	0	0	0	0	0	0	0
Struktureller Saldo	RA 2024	LVA 2025	LVA 2026	FPL 2027	FPL 2028	FPL 2029	FPL 2030
absolut in Mio. EUR.....	-263,89	-197,81	-399,85	-398,01	-366,12	-78,78	-44,56
in % BIP.....	-0,055%	-0,040%	-0,079%	-0,076%	-0,068%	-0,014%	-0,008%
Schulden und Haftungen (in Mio. EUR)	RA 2024	LVA 2025	LVA 2026	FPL 2027	FPL 2028	FPL 2029	FPL 2030
a) Stand der Schulden am Jahresende* (Maastricht-Schuldenstand inkl. ausgl. Einheiten).....	1.655,000	1.705,000	1.505,000	1.545,000	1.809,000	1.809,000	1.809,000
b) Stand der Haftungen am Jahresende..... für Kreditinstitute..... sonstige Haftungen.....	1.117,141	1.617,141	1.667,141	1.717,141	1.767,141	1.817,141	1.867,141
c) Stand der sonstigen Eventualverbindlichkeiten.....	405,296	339,440	285,676	236,403	191,193	150,088	113,417

*aufgrund noch ausstehender, erst beginnender Verhandlungen zum Finanzausgleich im Jahr 2028, liegen keine belastbaren Budgetwerte vor

□



Land
Burgenland

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Amt der Burgenländischen Landesregierung
Abteilung 3 - Finanzen, Referat Budgetplanung und
Budgetcontrolling, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1

Grafik & Design: Stabsabteilung
Öffentlichkeitsarbeit

© 2025